

Vom euroskeptischen Herausforderer zur rechtsextremen Gefahr? Eine Untersuchung der regionalen Berichterstattung über die AfD in neun deutschen Landtagswahlkämpfen

Julian Schärdel

Die Alternative für Deutschland (AfD) hält die deutsche Öffentlichkeit weiter in Atem. Seit Gründung der Partei im Frühjahr 2013 und ihrem Achtungserfolg bei der Bundestagswahl im selben Jahr, feierte die AfD mittlerweile den Einzug in zehn deutsche Landesparlamente, zuletzt mit Ergebnissen von bis zu 24,3 Prozent. Dabei haben die Spaltung im Jahr 2015 und die anhaltenden, teils öffentlich ausgetragenen Meinungsverschiedenheiten im Bundesvorstand der Wählergunst der AfD bislang keinen großen Abbruch getan. Aktuelle Umfragewerten zufolge ist zu erwarten, dass sie die deutsche Parteienlandschaft auch im Bund 2017 nachhaltig verändern wird und somit einer intensiven wissenschaftlichen Beobachtung bedarf.

Für ein umfassendes Verständnis dieser politischen Entwicklung ist es wichtig, den Blick über die rein inhaltliche Auseinandersetzung mit dem offiziellen Programm der AfD zu öffnen. Kontrovers diskutiert wird in diesem Zusammenhang vor allem die Bedeutung der Medien für die Popularität der Partei. Da Parteipositionen zumeist weder durch die Lektüre von Parteiprogrammen noch im direkten Kontakt zwischen Bürgern und Parteien vermittelt werden, sondern im Normalfall über den Umweg der Massenmedien, wird diesen generell eine bedeutende Rolle für die öffentliche Wahrnehmung von Parteien zugeschrieben.¹ Die wenigen empirischen Analysen zu Präsenz und Darstellung der AfD in den Medien konnten Vorwürfe der AfD, von den Medien diesbezüglich benachteiligt zu werden, zwar bislang nur sehr eingeschränkt bestätigen, die Idee einer Unterdrückung durch Medien und Establishment ist aber seit ihrer Gründung ein wichtiger Teil des Selbstbildes der jungen Partei.² Der vorliegende Beitrag geht daher der Frage nach, welches Bild der AfD in den Medien im Vorfeld der Wahlen gezeichnet wurde, in denen sie bislang besonders erfolgreich war: den Landtagswahlen.

Dafür wird als Untersuchungsmaterial auf Regionalzeitungen zurückgegriffen, die bei Medienanalysen oft zu Unrecht in den Hintergrund rücken.³ In Anbetracht ihres landespolitischen Schwerpunkts spielen diese Zeitungen gerade im Vorfeld subnationaler Wahlen eine wichtige Rolle für die Informationsbeschaffung der Bürger über die zur Wahl stehenden Parteien.⁴ Und auch wenn die großen Wahlerfolge der AfD bislang vor allem auf Lan-

1 Vgl. *Harald Schoen*, Wahlkampfforschung, in: *Jürgen W. Falter / ders.* (Hrsg.), *Handbuch Wahlforschung*, Wiesbaden 2005, S. 503 – 542, S. 510.

2 Vgl. *Julian Schärdel*, „Ein Schelm, wer Böses dabei denkt“ – Eine empirische Analyse der Onlineberichterstattung über die Alternative für Deutschland unter Einbezug von Leserkommentaren, in: *ZfVP*, 10. Jg. (2016), H. 2, S. 131 – 162, S. 157.

3 Vgl. *Gerhard Vowe / Marco Dohle*, Politische Kommunikation im Umbruch – neue Forschung zu Akteuren, Medieninhalten und Wirkungen, in: *PVS*, 48. Jg. (2007), H. 2, S. 338 – 359, S. 341 f.; *Judith Lohner*, Die Europäische Union in der Regionalpresse: Inhalte und journalistische Praxis aktueller Berichterstattung, Berlin 2011, S. 12.

4 Vgl. *Frank Marcinkowski / Jörg-Uwe Nieland*, Medialisierung im politischen Mehrebenensystem. Eine Spurensuche im nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampf, in: *Ulrich von Alemann / Stefan Marschall* (Hrsg.), *Parteien in der Mediendemokratie*, Wiesbaden 2002, S. 81 – 115, S. 93.

desebene gelungen sind, wurde die Darstellung der Partei in der regionalen Presse bis dato kaum beachtet. Die folgende Untersuchung soll dazu beitragen, diese Forschungslücke zu schließen.

Analysiert wird die Berichterstattung der Regionalpresse über die AfD im Vorfeld der bis zum Frühjahr 2016 neun abgehaltenen Landtagswahlen mit AfD-Beteiligung. Wie positionierten sich die Journalisten in den verschiedenen Bundesländern gegenüber der umstrittenen Partei? Inwiefern gelang es der AfD etwa durch eigene Statements oder Themensetzung auf das mediale Gesamtbild Einfluss zu nehmen? Spiegelt sich die Entwicklung der Partei seit ihrer Gründung auch in der Berichterstattung wider, und zeigen sich entsprechend der unterschiedlichen Ausrichtung der Regionalverbände deutliche regionale Unterschiede im medialen Umgang mit der AfD?

Zur Beantwortung dieser Fragen wurde in einem ersten Schritt eine breite Datenbasis von knapp 2.000 Zeitungsartikeln aus den Landtagswahlkämpfen mithilfe einer qualitativen Inhaltsanalyse ausgewertet. Die weiterführende Untersuchung erfolgte in einem zweiten Schritt sowohl quantitativ als auch qualitativ. Neben Häufigkeitstabellen wurden mit Hilfe der statistisch-explorativen Methode der Korrespondenzanalyse Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen der Berichterstattung über die AfD in den einzelnen Bundesländern identifiziert. Zuletzt wurde die Auswertung durch repräsentative und besondere Einzelfallbeispiele aus den analysierten Presseerzeugnissen qualitativ untermauert.

1. Forschungsstand

1.1. Die Entwicklung der AfD⁵

Die AfD wurde im Februar 2013 im Zuge der europäischen Schuldenkrise gegründet. Auch wenn zu den Unterstützern der AfD von Beginn an Mitglieder christlich- beziehungsweise rechtskonservativer Gruppen zählten, überrascht es entsprechend dem unmittelbaren Zusammenhang zwischen der Euro-Rettungspolitik und der Parteigründung nicht, dass die AfD in den ersten Monaten ihres Bestehens thematisch vor allem über ihre euroskeptischen Positionen definiert wurde. Die neoliberale Gruppe um *Bernd Lucke* dominierte die Partei, was sich auch in den Parteiprogrammen zur Bundestags- und Europawahl 2013 beziehungsweise 2014 durch eine starke Akzentuierung des Euro-Themas niederschlug.⁶ Insofern wurde die AfD in ihrer Anfangsphase von Beobachtern in Anlehnung an *Paul Taggart*⁷ auch als „Single-Issue Eurosceptical Party“ klassifiziert.⁸ Bereits früh wurde

5 Siehe zur programmatischen Entwicklung der Partei zwischen 2013 und 2016 den Beitrag von *Joel Rosenfelder* in diesem Heft der ZParl.

6 Vgl. *Sebastian Friedrich*, Der Aufstieg der AfD: neokonservative Mobilmachung in Deutschland, Berlin 2015, S. 36 f.

7 Vgl. *Paul Taggart*, A Touchstone of Dissent: Euroscepticism in Contemporary Western European Party Systems, in: *European Journal of Political Research*, 33. Jg. (1998), H. 3, S. 363 – 388, S. 368.

8 Vgl. *Rüdiger Schmitt-Beck*, Euro-Kritik, Wirtschaftspessimismus und Einwanderungskepsis: Hintergründe des Beinah-Wählerfolges der Alternative für Deutschland (AfD) bei der Bundestagswahl 2013, in: *ZParl*, 45. Jg. (2014), H. 1, S. 94 – 112, S. 97; *Robert Grimm*, The Rise of the German Eurosceptic Party Alternative für Deutschland, Between Ordoliberal Critique and Popu-

zudem über den Grad der populistischen Ausrichtung der Partei diskutiert. Hierbei spielte insbesondere die von der AfD betriebene ostentative Selbstviktimsierung eine wichtige Rolle, die sich klar in populistische Kommunikationsstrategien einordnen lässt.⁹ Im Gegensatz zur Rhetorik von Parteifunktionären im Wahlkampf wurden die ersten Wahlprogramme der AfD dagegen als weitgehend populismusfrei klassifiziert.¹⁰

In ihrem Selbstverständnis bezeichnete sich die AfD zu Beginn zumeist als „Partei neuen Typs“, die nicht in klassische Links-rechts-Kategorien einzuordnen sei.¹¹ Wissenschaftliche Einschätzungen kamen dagegen schnell zu einer Einstufung der Partei rechts der Union, wiederum häufig mit der Unterscheidung zwischen einem gemäßigeren Programm und einer radikaleren Wahlkampfrhetorik.¹² Zudem wurden Unterschiede zwischen dem Bundesverband und bestimmten Landesverbänden konstatiert. So wurden die Landesverbände im Osten meist deutlich weiter rechts eingeordnet als ihre westdeutschen Pendanten und die Bundespartei.¹³ Dieser Umstand wurde auch in der Wahl des Spitzenpersonals deutlich – auf der westdeutschen Seite kandidierten Wirtschaftsprofessoren wie *Jörg Meuthen* und *Jörn Kruse*, in Ostdeutschland die Initiatoren der Erfurter Resolution *André Poggenburg* und *Björn Höcke*. Letzterer erfuhr gemeinsam mit der sächsischen Landesvorsitzenden *Frauke*

lar Anxiety, in: *International Political Science Review*, 36. Jg. (2015), H. 3, S. 264 – 278, S. 272; *Marcel Lewandowsky*, Eine rechtspopulistische Protestpartei? Die AfD in der öffentlichen und politikwissenschaftlichen Debatte, in: *ZPol*, 25. Jg. (2015), H. 1, S. 119 – 134, S. 120; *Julian Schärdel* / *Pascal König*, Professors, Comedians and Billionaires: An Empirical Analysis of Newspaper Coverage of New Eurosceptic Parties in Three 2013 National Elections, in: *Comparative European Politics*, 13. Jg. (2015), S. 21.

9 Vgl. *Christian Nestler* / *Jan Rohgalf*, Eine deutsche Angst – Erfolgreiche Parteien rechts von der Union, in: *ZPol*, 61. Jg. (2014), H. 4, S. 389 – 413, S. 391.

10 Vgl. *Kai Arzheimer*, The AfD: Finally a Successful Right-Wing Populist Eurosceptic Party for Germany?, in: *West European Politics*, 38. Jg. (2015), H. 3, S. 535 – 556, S. 551.

11 Vgl. „AfD gegen ‚Verletzung demokratischer Grundsätze““, in: *Zeit online* vom 14. April 2013, <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2013-04/parteitag-alternative-deutschland> (Abruf am 10. September 2016).

12 Vgl. *Richard Gebhardt*, Eine „Partei neuen Typs“? Die Alternative für Deutschland (AfD) vor den Bundestagswahlen, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 26. Jg. (2013), H. 3, S. 86 – 91, S. 90; *Alexander Häusler*, Die „Alternative für Deutschland“ – eine neue rechtspopulistische Partei? Materialien und Deutungen zur vertiefenden Auseinandersetzung, in: *Heinrich Böll Stiftung NRW, Düsseldorf 2013*, http://www.boell-nrw.de/sites/default/files/afd_studie_forena_hbs_nrw.pdf (Abruf am 1. Juli 2015), S. 41; *Rüdiger Schmitt-Beck*, a.a.O. (Fn. 8), S. 111 f.; *Kai Arzheimer*, a.a.O. (Fn. 10), S. 544; *Oskar Niedermayer*, Eine neue Konkurrentin im Parteiensystem? Die Alternative für Deutschland, in: *ders.* (Hrsg.), *Die Parteien nach der Bundestagswahl 2013*, Wiesbaden 2015, S. 175 – 208, S. 192 ff.; *Morten Pieper* / *Stefan Hausfner* / *Michael Kaeding*, Die Vermessung des Euroskeptizismus der Alternative für Deutschland (AfD) im Frühjahr 2014, in: *Michael Kaeding* / *Niko Switek* (Hrsg.), *Die Europawahl 2014: Spitzenkandidaten, Protestparteien, Nichtwähler*, Wiesbaden 2015, S. 149 – 160, S. 159.

13 Vgl. *David Bebnowski*, *Die Alternative für Deutschland*, Wiesbaden 2015, S. 2; *Frank Decker*, Die Veränderungen der Parteienlandschaft durch das Aufkommen der AfD – ein dauerhaftes Phänomen?, in: *Andreas Zick* / *Beate Küpper* / *Ralf Melzer* / *Dietmar Molthagen* (Hrsg.), *Wut, Verachtung, Abwertung: Rechtspopulismus in Deutschland*, Bonn 2015, S. 109 – 123, S. 120; *Sebastian Friedrich*, a.a.O. (Fn. 6), S. 58 f.; *Robert Grimm*, a.a.O. (Fn. 8), S. 265; *Alexander Häusler* / *Rainer Roesser*, Zwischen Euro-Kritik und rechtem Populismus: Merkmale und Dynamik des Rechtsrucks in der AfD, in: *Andreas Zick* / *Ralf Melzer* / *Dietmar Molthagen* / *Beate Küpper* (Hrsg.), *Wut, Verachtung, Abwertung: Rechtspopulismus in Deutschland*, Bonn 2015, S. 124 – 145, S. 129.

Petry und dem brandenburgischen Kandidaten *Alexander Gauland* spätestens im Zuge der Landtagswahlen 2014, in denen sie mit explizit konservativen Themen wie Innerer Sicherheit und Familienpolitik bedeutende Wahlerfolge feiern konnten, eine deutliche Aufwertung. So gewann auch die Frage nach der inhaltlichen Ausrichtung der Partei an Brisanz und führte zunehmend zu innerparteilichen Konflikten. Der sich verschärfende Machtkampf gipfelte schließlich kurz nach den Landtagswahlen in Hamburg und Bremen im Frühjahr 2015 in der Spaltung der Partei. Als *Lucke* seiner Konkurrentin *Petry* um den Vorsitz auf dem Parteitag im Juli 2015 deutlich unterlag, verließ er mit einer Reihe von Parteimitgliedern die AfD und gründete die Partei ALFA, die jedoch nicht an die Erfolge der AfD anknüpfen konnte. Die AfD aber rückte im Zuge der Spaltung weiter nach rechts und konzentrierte sich zunehmend auf Themen abseits der Währungspolitik, vor allem den Umgang mit den steigenden Flüchtlingszahlen.

Entsprechend weniger zurückhaltend fällt mittlerweile auch die wissenschaftliche Klassifizierung der Partei aus. So sind sich die meisten Studien einig, dass die AfD in weiten Teilen als rechtspopulistische Partei klassifiziert werden kann.¹⁴ Zum einen wurde beobachtet, dass sich die Partei gern der konstruierten Gegenüberstellung einer korrupten Elite mit dem unbescholtenen Volk bedient, wobei sie sich selbst als dessen einzig wahren Vertreter darstellt.¹⁵ Zum zweiten betonen aktuelle Analysen die oben genannte Bedeutung der eigenen Opferrolle für das Selbstverständnis der Partei.¹⁶ Drittens ergaben kürzlich veröffentlichte Kandidatenbefragungen aus dem Jahr 2013 eine deutlich erhöhte Populismusneigung der Vertreter der AfD im Vergleich zu jenen anderer Parteien und zeigen zudem, dass die Einordnung der AfD rechts der Union schon frühzeitig gerechtfertigt war.¹⁷ Diese Positionierung wurde mit der Spaltung im Jahr 2015 nochmals verfestigt. Wirtschaftsliberale Themen rückten immer mehr in den Hintergrund, während klassisch konservative und rechte Themen wie Kriminalitätsbekämpfung, Familie und Einwanderung an Bedeutung gewannen.¹⁸ Die Abgrenzung der Partei in der Einwanderungspolitik gegenüber jenen, die nicht als „dem Volk“ zugehörig gedacht werden und somit als „Fremde“ die behauptete ethnische

14 Vgl. *Christian Nestler / Jan Rohgalf*, a.a.O. (Fn. 9), S. 411; *David Bebnowski*, a.a.O. (Fn. 13), S. 1; *Nicole Berbuir / Marcel Lewandowsky / Jasmin Siri*, The AfD and its Sympathisers: Finally a Right-Wing Populist Movement in Germany?, in: *German Politics*, 24. Jg. (2015), H. 2, S. 154 – 178, S. 167; *Frank Decker*, Alternative für Deutschland und Pegida: Die Ankunft des neuen Rechtspopulismus in der Bundesrepublik, in: *ders. / Bernd Henningsen / Kjetil Jakobsen* (Hrsg.), *Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa: die Herausforderung der Zivilgesellschaft durch alte Ideologien und neue Medien*, Baden-Baden 2015, S. 75 – 90, S. 79; *Alexander Häusler / Rainer Roesser*, a.a.O. (Fn. 13), S. 124; *Alexander Hensel / Lars Geiges / Robert Pausch / Julika Förster*, Die AfD vor den Landtagswahlen 2016 – Programme, Profile und Potenziale, Otto Brenner Stiftung, H. 20, Frankfurt am Main 2016, S. 8; *Marcel Lewandowsky / Heiko Giebler / Aiko Wagner*, Rechtspopulismus in Deutschland. Eine empirische Einordnung der Parteien zur Bundestagswahl 2013 unter besonderer Berücksichtigung der AfD, in: *PVS*, 57. Jg. (2016), H. 2, S. 247 – 275, S. 265.

15 Vgl. *Nicole Berbuir / Marcel Lewandowsky / Jasmin Siri*, a.a.O. (Fn. 14), S. 156; *Gideon Botsch / Christoph Kopke / Alexander Lorenz*, Wie agiert die „Alternative für Deutschland“ vor Ort? Das Fallbeispiel Brandenburg, in: *Andreas Zick / Ralf Melzer / Dietmar Moltzhausen / Beate Küpper* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 13), S. 146 – 166, S. 160; *Robert Grimm*, a.a.O. (Fn. 8), S. 268; *Oskar Niedermayer*, Die brandenburgische Landtagswahl vom 14. September 2014: Die Linke wird abgestraft, bleibt aber Regierungspartei, in: *ZParl*, 46. Jg. (2015), H. 1, S. 21 – 38, S. 25.

16 Vgl. *Julian Schärdel*, a.a.O. (Fn. 2), S. 157.

17 Vgl. *Marcel Lewandowsky / Heiko Giebler / Aiko Wagner*, a.a.O. (Fn. 14), S. 260 ff.

18 Vgl. *Alexander Hensel / Lars Geiges / Robert Pausch / Julika Förster*, a.a.O. (Fn. 14), S. 8.

oder kulturelle Homogenität des Volkes bedrohen, deckt sich weitgehend mit Positionen anderer europäischer Rechtspopulisten.¹⁹ Diskutiert wird zurzeit, inwiefern die AfD bereits als rechtsextrem gelten kann. Hierfür ist insbesondere entscheidend, ob die Partei dem demokratischen System feindlich gegenübersteht.²⁰ Dies kann für große Teile der Partei bislang zwar verneint werden; die AfD bietet jedoch durchaus Anknüpfungspunkte zur extremen Rechten. Ihre Positionen im Bereich Einwanderung zeugen von einem ethnizistischen Volksverständnis und Souveränitätskonzept²¹, und die gängigen Beschimpfungen von Politikern etwa als „Systemlinge“²² weisen auf ein grundsätzliches Misstrauen gegenüber den demokratischen Strukturen der Bundesrepublik hin.²³ Besonders im Fokus steht bei der Frage nach der Systemfeindlichkeit der thüringische Landesvorsitzende *Björn Höcke*, der sowohl mit rassistischen Ausfällen²⁴ als auch mit seinen Aussagen zum Umgang der Deutschen mit der Zeit des Nationalsozialismus für große Empörung sorgte.²⁵

Diese Tendenzen sind aber nicht auf die ostdeutschen Landesverbände beschränkt. Auch in Baden-Württemberg existieren beispielsweise mit der „Patriotischen Plattform“ und dem „Pforzheimer Kreis“ zwei einflussreiche Gruppierungen innerhalb der AfD, die sich klar am rechten Rand einordnen lassen. Antisemitische Äußerungen wie die des ehemaligen AfD-Landtagsabgeordneten *Wolfgang Gedeon* lassen die Partei auch für Rechtsextreme in Westdeutschland durchaus attraktiv erscheinen. Dass dessen Äußerungen schließlich zum vorübergehenden Bruch der AfD-Fraktion in Baden-Württemberg führten und dass gegen *Björn Höcke* aktuell ein Parteiausschlussverfahren mit offenem Ausgang läuft, zeigt, dass die verschiedenen Strömungen die Partei noch immer vor Zerreißproben stellen.

1.2. Die Bedeutung von Medien und Regionalzeitungen

Medien sind ein wichtiger Bestandteil politischer Systeme. Sie nehmen zum einen die Rolle des Informationsvermittlers zwischen politischen Eliten und der Bevölkerung ein, zum anderen sind sie aber nicht nur passiver Träger von Informationen, sondern auch eigenständiger Akteur.²⁶ Als solcher können sie Einfluss sowohl darauf nehmen, welche Akteure oder

19 Vgl. *Marcel Lewandowsky*, a.a.O. (Fn. 8), S. 122.

20 Vgl. *Marcel Lewandowsky* / *Heiko Giebler* / *Aiko Wagner*, a.a.O. (Fn. 14), S. 251.

21 Vgl. *David Bebnowski*, a.a.O. (Fn. 13), S. 8.

22 *Heinz Siebold*, Freiburger Staatsanwalt postet rechtslastige Kommentare, in: Stuttgarter Nachrichten online vom 4. August 2016, <http://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.rechtliche-konsequenzen-freiburger-staatsanwalt-postet-rechtslastige-kommentare.57660284-9672-4035-8609-0ffb4d9e52.html> (Abruf am 10. August 2016).

23 Siehe hierzu auch den Beitrag von *Joel Rosenfelder* in diesem Heft der ZParl.

24 Vgl. *Alexander Hensel* / *Lars Geiges* / *Robert Pausch* / *Julika Förster*, a.a.O. (Fn. 14), S. 35; *Werner J. Patzelt*, Das „Höcke-Gutachten“ – Oder: Wie erkennt man Rassismus beziehungsweise Extremismus?, <http://wjpatzelt.de/?p=731> (Abruf am 8. Januar 2016).

25 Vgl. „Höcke löst mit Kritik an Holocaust-Gedenken Empörung aus“, in: SZ online vom 18. Januar 2017, <http://www.sueddeutsche.de/news/politik/parteien-hoecke-loest-mit-kritik-an-holocaust-gedenken-empoeerung-aus-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-170118-99-919322> (Abruf am 26. Februar 2017).

26 Vgl. *Frank Marcinkowski* / *Jörg-Uwe Nieland*, a.a.O. (Fn. 4), S. 82 f.; *Christine Drentwett*, Vom Nachrichtenvermittler zum Nachrichtenthema Metaberichterstattung bei Medienereignissen, Wiesbaden 2009, S. 62.

Themen auf die politische Agenda kommen²⁷, als auch auf die Art und Weise, wie diese präsentiert werden.²⁸ Das kann entweder durch eigene Wertung der Journalisten erfolgen oder durch die bevorzugte Auswahl „opportuner Zeugen“, die in den Medienerzeugnissen direkt oder indirekt zu Wort kommen.²⁹ Gleichzeitig unterliegen Medien bestimmten Sachzwängen wie Zeitdruck, Wettbewerb und Budgetknappheit, die ebenfalls Einfluss auf das journalistische Ergebnis haben können. In diesem Sinne wird davon ausgegangen, dass sich die Berichterstattung zu einem gewissen Anteil auch am Nachrichtenwert der Ereignisse selbst orientiert.³⁰ Dieser hängt wiederum eng mit der Besonderheit und dem Sensationsgrad einer Nachricht zusammen. In Wahlkämpfen kann dies beispielsweise ein besonders provokanter Angriff auf den politischen Gegner sein³¹, wovon gerade populistische Parteien profitieren können.³² Ebenfalls wurde in Wahlkämpfen beobachtet, dass bei knappen Rennen zwischen den zur Wahl stehenden Parteien Umfrageergebnisse einen großen Teil der Berichterstattung einnehmen, was in der Literatur im Zusammenhang mit einer stärkeren Konzentration auf Politics statt Policies als „horse-race journalism“ bezeichnet wird.³³

Dass den Medien großer Einfluss auf die Wahrnehmung von Akteuren und Themen in der Bevölkerung und somit gegebenenfalls auf Wahlergebnisse zukommt, ist in der Forschung weitgehend unstrittig.³⁴ Auch wenn das Fernsehen in Umfragen oft als wichtigste

- 27 Vgl. Ulrich Saxer, Politische Funktionen der Publizistik aus Sicht der Publizistikwissenschaft, in: Oskar Reck / Andreas Blum (Hrsg.), Politik und Publizistik, Publizistik und Politik: Festschrift für Oskar Reck, Beiträge zur Kommunikations- und Medienpolitik, Aarau u.a. 1981, S. 129 – 148, S. 139; Olaf Jandura, Publizistische Chancengleichheit in der Wahlkampfberichterstattung? Eine Untersuchung zur medialen Repräsentation der im Bundestag vertretenen Parteien, in: Publizistik, 56. Jg. (2011), H. 2, S. 181 – 197, S. 182.
- 28 Vgl. Shanto Iyengar / Donald R. Kinder, News that Matters: Television and American Opinion, Chicago 1987; Robert M. Entman, Framing: Toward Clarification of a Fractured Paradigm, in: Journal of Communication, 43. Jg. (1993), H. 4, S. 51 – 58; Dennis Chong / James N. Druckman, Framing Theory, in: Annual Review of Political Science, 10. Jg. (2007), H. 1, S. 103 – 126; Dietram A. Scheufele / David Tewksbury, Framing, Agenda Setting, and Priming: The Evolution of Three Media Effects Models, in: Journal of Communication, 57. Jg. (2007), H. 1, S. 9 – 20.
- 29 Vgl. Lutz M. Hagen, Opportune Witnesses: An Analysis of Balance in the Selection of Sources and Arguments in the Leading German Newspapers' Coverage of the Census Issue, in: European Journal of Communication, 8. Jg. (1993), H. 3, S. 317 – 343.
- 30 Vgl. Johan Galtung / Mari H. Ruge, The Structure of Foreign News: The Presentation of the Congo, Cuba and Cyprus Crises in Four Norwegian Newspapers, in: Journal of Peace Research, 2. Jg. (1965), H. 1, S. 64 – 90; David L. Altheide, Media Worlds in the Postjournalism Era, New York 1991; Hans Mathias Kepplinger, News Factors, in: Wolfgang Donsbach (Hrsg.), The International Encyclopedia of Communication, Malden 2008, S. 3245 – 3248, S. 3245.
- 31 Vgl. Gianpietro Mazzoleni, Media Logic and Party Logic in Campaign Coverage: The Italian General Election of 1983, in: European Journal of Communication, 2. Jg. (1987), H. 1, S. 81 – 103, S. 91 ff.
- 32 Vgl. Cas Mudde, The Populist Zeitgeist, in: Government and Opposition, 39. Jg. (2004), H. 4, S. 542 – 563, S. 558.
- 33 Vgl. Kees Brants / Philip van Praag, Signs of Media Logic. Half a Century of Political Communication in the Netherlands, in: Javnost - The Public, 13. Jg. (2006), H. 1, S. 25 – 40, S. 38; Harald Schoen, a.a.O. (Fn. 1), S. 519.
- 34 Vgl. Andrea Römmele, Political Parties, Party Communication and New Information and Communication Technologies, in: Party Politics, 9. Jg. (2003), H. 1, S. 7 – 20; Barbara Pfetsch / Silke Adam / Barbara Berkel / Juan Diez Medrano, The Voice of the Media in European Public Sphere: Comparative Analysis of Newspaper Editorials, Integrated Report WP 3, 2004, <http://europub.wzb.eu/Data/reports/WP3/D3-4%20WP3%20Integrated%20Report.pdf> (Abruf am 3. Mai

Informationsquelle angegeben wird³⁵, wird Zeitungen aufgrund der häufig enthaltenen Hintergrundinformationen von manchen Autoren die größere Wirkung auf die Themenwahrnehmung der Leser zugeschrieben.³⁶ Medienanalysen konzentrieren sich daher oftmals auf Zeitungen, insbesondere auf überregionale Qualitätszeitungen. Dieser Fokus ist zwar aufgrund der geografischen Reichweite und der Leitmedienfunktion der Qualitätspresse durchaus gerechtfertigt, für landesspezifische Analysen wie Landtagswahlen erscheinen jedoch Regionalzeitungen als das geeignetere Untersuchungsmaterial. Aufgrund der regionalen Nähe zum Geschehen übernehmen sie oftmals in ihrem Verbreitungsgebiet – und manchmal darüber hinaus³⁷ – die Leitmedienfunktion.³⁸ Auch ihre Reichweite liegt innerhalb des Landes häufig über der von Qualitätszeitungen.³⁹ Die Regionalpresse kann im Gegensatz zu überregionalen Qualitätsmedien zudem mit dem Vorteil einer sehr gemischten Leserschaft aufwarten. Sie werden nicht nur von der Bildungselite, sondern auch von politisch weniger Interessierten zur landespolitischen Information herangezogen und erreichen somit ein breiteres Publikum.⁴⁰

Dennoch sind Analysen der Berichterstattung von Regionalzeitungen in Landtagswahlkämpfen bislang vergleichsweise rar⁴¹ und liefern teils unterschiedliche Ergebnisse. So führten die eingeschränkten Entscheidungsbefugnisse auf Landesebene nach *Frank Marcinkowski* und *Jörg-Uwe Nieland* in der Berichterstattung im Landtagswahlkampf in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2000 zu einer starken Konzentration auf eigentlich für die Wahl irrelevante bundespolitische Themen.⁴² *Jens Tenscher* und *Sonja Schmid* dagegen beobachteten in einem Vergleich mit überregionalen Medien mit über 90 Prozent landespolitischer Berichterstattung ein hohes Maß an Regionalisierung in den untersuchten Regionalzeitungen, dies allerdings unter dem Vorzeichen einer Einengung der Themenpalette auf spezifische Landesthemen wie die Bildungspolitik.⁴³

2015); *Harald Schoen*, a.a.O. (Fn. 1); *Pippa Norris*, Did the Media Matter? Agenda-Setting, Persuasion and Mobilization Effects in the British General Election Campaign, in: *Rhetoric Politics*, 1. Jg. (2006), H. 2, S. 195 – 221; *Jennifer Jerit*, Issue Framing and Engagement: Rhetorical Strategy in Public Policy Debates, in: *Political Behaviour*, 30. Jg. (2008), H. 1, S. 1 – 24; *Hanspeter Kriesi / Laurent Bernhard / Regula Hänggli*, The Politics of Campaigning – Dimensions of Strategic Action, in: *Frank Marcinkowski / Barbara Pfetsch* (Hrsg.), *Politik in der Mediendemokratie*, Wiesbaden 2009, S. 345 – 365.

35 Vgl. *Joachim Bühler / Maurice Shab / Katja Hampe*, *Demokratie 3.0*, Berlin 2013, https://www.bitkom.org/Bitkom/Publikationen/Publikation_3618.html (Abruf am 30. Juni 2015).

36 Vgl. *Frank Marcinkowski / Jörg-Uwe Nieland*, a.a.O. (Fn. 4), S. 108 f.

37 Vgl. *Rainer Mathes / Andreas Czapllicki*, Meinungsführer im Mediensystem: „Top-down“ und „Bottom-up“-Prozesse, in: *Publizistik*, 38. Jg. (1993), H. 2, S. 153 – 166.

38 Vgl. *Frank Marcinkowski / Jörg-Uwe Nieland*, a.a.O. (Fn. 4), S. 93; *Benjamin Barkow*, Die Berichterstattung über die NPD in der regionalen Presse Mecklenburg-Vorpommerns, *Demokratiepolitik* H. 3, Universität Greifswald 2007, S. 10; *Jens Tenscher / Sonja Schmid*, Berichterstattung nach Wahl. Eine vergleichende Analyse von Bundes- und Landtagswahlkämpfen in der Regionalpresse, in: *Medien und Kommunikation*, 57. Jg. (2009), H. 1, S. 56 – 77, S. 63.

39 Vgl. Selbstauskunft von Lesern gemäß der GLES Landtagswahl Studien, <http://www.gesis.org/wahlen/gles/daten/> (Abruf am 15. September 2016).

40 Vgl. *Frank Marcinkowski / Jörg-Uwe Nieland*, a.a.O. (Fn. 4), S. 111.

41 Vgl. *Jürgen Wilke / Melanie Leidecker*, Regional – national – supranational. How the German Press Covers Election Campaigns on Different Levels of the Political System, in: *Central European Journal of Communication*, 6. Jg. (2013), H. 1, S. 122 – 143, S. 122.

42 Vgl. *Frank Marcinkowski / Jörg-Uwe Nieland*, a.a.O. (Fn. 4), S. 94.

43 Vgl. *Jens Tenscher / Sonja Schmid*, a.a.O. (Fn. 38), S. 69 ff.

Einigkeit herrscht darüber, dass die Themenarmut auf Landesebene tendenziell zu einer Verstärkung des oben beschriebenen horse-race journalism führt. Ein großer Teil der Berichterstattung wird von Pseudoereignissen wie Pressekonferenzen und Wahlkampfauftritten ausgelöst und der Fokus auf Politics sowie aktuelle Umfragen statt auf konkrete Policies wirkt, so bisherige Befunde, in der Regionalpresse in besonderem Maße.⁴⁴ Auch übernehmen Regionalzeitungen aufgrund geringer Ausstattung mehr Agenturmeldungen und pflegen somit einen stärker nachrichtlich geprägten Stil im Vergleich zu den meinungsstärkeren überregionalen Qualitätsmedien.⁴⁵ Entsprechend kommen einige Studien zwar zu dem Ergebnis, dass sie sich beispielsweise der EU gegenüber weniger positiv äußern als die Qualitätspresse⁴⁶, gleichzeitig aber in Artikeln über rechtsextreme Parteien wie die NPD einen sachlicheren Ton anschlagen.⁴⁷ In einer Untersuchung der Berichterstattung über die NPD macht *Benjamin Barkow* aber auch unterschiedliche Strategien im Umgang mit der Partei aus. Neben der Taktik einer weitgehenden Nichtbeachtung gab es auch indirekte Kritik durch häufige Berichte über Gegeninitiativen und teilweise sogar offensive Schmähungen.⁴⁸

1.3. Die AfD in den Medien

Wie einleitend angemerkt, ist das Verhältnis der AfD zu den Medien schon seit Gründung der Partei konfliktgeladen und die AfD wiederholt regelmäßig den Vorwurf ihrer vermeintlich gezielten Benachteiligung durch die Presse und die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten.⁴⁹ Dabei lässt sich zwischen der ihr zuteil werdenden Aufmerksamkeit einerseits und der Bewertung in der Berichterstattung andererseits unterscheiden. Wissenschaftler beobachteten bislang eine vergleichsweise große Medienaufmerksamkeit für die junge Partei.⁵⁰ Das mag auch daran liegen, dass die AfD mit Gründungsmitgliedern wie dem ehemaligen Verleger der Märkischen Allgemeinen, *Alexander Gauland*, oder dem Publizisten *Konrad Adam* für eine neue Partei bereits sehr gute Kontakte in der Medienbranche vorweisen konnte. Empirische Studien legen nahe, dass die Partei in der Berichterstattung zumindest nicht unterrepräsentiert ist, wobei die Aufmerksamkeit je nach Presseart variiert. Während die AfD zur Bundestagswahl 2013 in der deutschen Qualitätspresse ein durchschnittliches

44 Vgl. *Frank Marcinkowski* / *Jörg-Uwe Nieland*, a.a.O. (Fn. 4), S. 95; *Deirdre O'Neill* / *Catherine O'Connor*, *The Passive Journalist: How Sources Dominate Local News*, in: *Journalism Practice*, 2. Jg. (2008), H. 3, S. 487 – 500; *Jens Tenscher* / *Sonja Schmid*, a.a.O. (Fn. 38), S. 69 ff.

45 Vgl. *Regina Vettors*, *Vor Ort in Europa. Ein Vergleich der EU-Berichterstattung deutscher Qualitäts- und Regionalzeitungen*, in: *Medien und Kommunikation*, 55. Jg. (2007), H. 3, S. 355 – 371, S. 361; *Jürgen Wilke* / *Melanie Leidecker*, a.a.O. (Fn. 41), S. 133.

46 Vgl. *Barbara Pfetsch* / *Silke Adam* / *Barbara Berkel* / *Juan Diez Medrano*, a.a.O. (Fn. 34), S. 31; *Regina Vettors*, a.a.O. (Fn. 45), S. 366.

47 Vgl. *Benjamin Barkow*, a.a.O. (Fn. 38), S. 15.

48 Vgl. ebenda, S. 36 ff.

49 Vgl. *Bernd Lucke*, *Die AfD in den Medien*, 26. Februar 2015, <http://bernd-lucke.de/die-afd-in-den-medien/> (Abruf am 13. Juni 2015).

50 Vgl. *Christian Nestler* / *Jan Rohgalf*, a.a.O. (Fn. 9), S. 400; *Dieter Plehwe* / *Matthias Schlögl*, *Europäische und zivilgesellschaftliche Hintergründe der euro(pa)skeptischen Partei Alternative für Deutschland (AfD)*, in: *WZB für Sozialforschung, Discussion Paper SP III 2014–501*, S. 26; *Robert Grimm*, a.a.O. (Fn. 8), S. 260.

Artikelaufkommen erzielte⁵¹, bilanzierte eine Untersuchung von Onlinemedien im gleichen Zeitraum ein deutlich überproportionales Interesse, das sich zur Europawahl 2014 nochmals steigerte.⁵²

Was die inhaltliche Bewertung angeht, wird prinzipiell davon ausgegangen, dass rechtspopulistische Parteien in den deutschen Medien schon aus historischen Gründen einen schweren Stand haben.⁵³ Die eben genannten Studien zur Medienpräsenz der AfD bestätigen diese Vermutung unabhängig von der Art der journalistischen Erzeugnisse⁵⁴, wobei anzumerken ist, dass sich dies für populistische Parteien wie die AfD nicht zwangsläufig negativ auf die Wahrnehmung durch ihre Anhänger auswirken muss. Dies zeigt auch die Auswertung von Nutzerkommentaren in Onlinemedien, die eine deutliche Gegenreaktion auf die kritische journalistische Berichterstattung offenbart.⁵⁵

1.4. Annahmen

Im Anschluss an die anfangs gestellten Forschungsfragen lassen sich nach Sichtung des Forschungsstandes mehrere Annahmen für die empirische Untersuchung formulieren. Entsprechend der Forschungsliteratur wird davon ausgegangen, dass Medien einerseits als Plattform zur Informationsvermittlung fungieren, auf der anderen Seite aber auch selbst Einfluss auf die Art der Berichterstattung nehmen. Für den Fall der Berichterstattung über die AfD in Regionalzeitungen führt dies zu folgenden Annahmen:

Das bislang in empirischen Studien festgestellte durchschnittliche bis überdurchschnittliche Medieninteresse an der Partei lässt sich möglicherweise mit einem durch das teilweise provokante Auftreten der Partei gesteigerten Nachrichtenwert erklären. Da auch Regionalzeitungen dieser Medienlogik folgen, wird in den ausgewählten Zeitungen ebenfalls eine überdurchschnittliche Medienpräsenz der AfD erwartet (Annahme 1a). Aufgrund der radikaleren Ausrichtung der AfD-Landesverbände in den neuen Bundesländern wird jedoch davon ausgegangen, dass hier von Journalisten öfter die Strategie der Nichtbeachtung angewendet wurde und die AfD demnach vergleichsweise weniger Aufmerksamkeit erhielt (Annahme 1b).

Für die Valenz der Berichterstattung wird zunächst erwartet, dass aufgrund der großen Menge an kurzen Nachrichten oder Agenturmeldungen in Regionalzeitungen ein großer Teil des Materials gar keine Wertung enthält (Annahme 2a). Wenn sich Wertungen über die Partei finden lassen, so wird angenommen, dass diese aufgrund des angespannten Verhältnisses zwischen der rechtspopulistischen AfD und der Medienwelt in Anlehnung an die überregionale Berichterstattung großteils kritischer Art sind (Annahme 2b), wobei die Berichterstattung in Ostdeutschland aufgrund der radikaleren Ausrichtung wiederum negativer ausfällt (Annahme 2c). Zudem ist davon auszugehen, dass die schrittweise Rechtsver-

51 Vgl. *Julian Schärdel / Pascal König*, a.a.O. (Fn. 8), S. 11.

52 Vgl. *Julian Schärdel*, a.a.O. (Fn. 2), S. 144.

53 Vgl. *Frank Decker*, Warum der parteiförmige Rechtspopulismus in Deutschland so erfolglos ist, in: *Vorgänge*, 51. Jg. (2012), H. 1, S. 21 – 28, S. 22; *Christian Nestler / Jan Rohgalf*, a.a.O. (Fn. 9), S. 394; *Nicole Berbuir / Marcel Lewandowsky / Jasmin Siri*, a.a.O. (Fn. 14), S. 160.

54 Vgl. *Julian Schärdel / Pascal König*, a.a.O. (Fn. 8), S. 16; *Julian Schärdel*, a.a.O. (Fn. 2), S. 148.

55 Vgl. *Julian Schärdel*, a.a.O. (Fn. 2), S. 148.

schiebung der Partei im Untersuchungszeitraum Einfluss auf die Berichterstattung hat und zu einer Zunahme kritischer Bewertungen führt (Annahme 2d). Die Beschreibung der Partei sollte also sowohl über die Zeit als auch zwischen den Bundesländern variieren. So ist ebenfalls zu erwarten, dass sich die Zuschreibungen entsprechend der Entwicklung der AfD von Attributen wie euroskeptisch und liberal mit der Zeit in Richtung rechts, populistisch oder sogar rechtsradikal verschoben haben (Annahme 3a), wobei die Zuschreibungen in Ostdeutschland extremer ausfallen als in den alten Bundesländern (Annahme 3b).

Zuletzt wird angenommen, dass sich auch das Themenspektrum mit der Zeit verändert hat, im Zuge dessen über die AfD berichtet wurde. Als euroskeptische Ein-Themen-Partei müsste sie zu Beginn vor allem mit Fragen der europäischen Integration in Verbindung gebracht worden sein, sich im Zuge der Landtagswahlen 2014 jedoch breiter aufgestellt haben, wobei konservativ besetzte Themen wie Sicherheit, Familie und vor allem Zuwanderung zunehmend in den Vordergrund gerückt sein sollten (Annahme 4).

2. Fallauswahl und Methode

2.1. Untersuchungsmaterial

Für die Untersuchung der Berichterstattung über die AfD wurden aus allen neun Bundesländern, in denen die AfD bis zum Frühjahr 2016 bei Landtagswahlen angetreten war, zwei Regionalzeitungen ausgewählt (vgl. Tabelle 1). Die Auswahl erfolgte dabei nach dem Kriterium der Relevanz des Blattes im entsprechenden Bundesland, gemessen an der Auflagenstärke. Dass die Auswahl trotzdem ein vergleichsweise heterogenes Zeitungssample liefert, ist vor allem der unterschiedlichen Größe und Medienstruktur der Bundesländer geschuldet.⁵⁶ Ein wichtiger Unterschied ist beispielsweise die Anzahl der – ebenfalls in die Untersuchung aufgenommenen – Regionalausgaben mit gleichem Mantelteil in den Flächenstaaten. Spitzenreiter im Sample ist hier die Südwest Presse mit 29 Regionalausgaben.

Als Untersuchungszeitraum wurden jeweils die vier Wochen vor der entsprechenden Wahl angesetzt, da davon ausgegangen werden kann, dass den Regionalzeitungen in dieser „heißen Phase“ des Wahlkampfs eine besonders wichtige Rolle zukommt. Erhoben und analysiert wurden in diesem Zeitraum alle Artikel, in denen die AfD namentlich genannt wurde. Dazu zählen auch Leserbriefe oder Veranstaltungankündigungen, da diese als Teil der Medienproduktion ebenfalls ihren Teil zur Sichtbarkeit und Gesamtevaluation der Partei beitragen. So konnten in den 18 Zeitungen mit über 200 Regionalausgaben insgesamt 1.903 Artikel identifiziert werden. Die teilweise großen Unterschiede im Artikelumfang sind dabei nicht nur der unterschiedlichen Intensität der Berichterstattung geschuldet, sondern hängen auch mit der stark differierenden Anzahl an Regionalausgaben zusammen. Folglich sagt die ungleiche Verteilung noch nichts über die Bedeutung der AfD in der Berichterstattung aus, liefert aber für alle Bundesländer eine aussagekräftige Anzahl an Artikeln.

56 So mussten beispielsweise aus Mangel an Alternativen in Hamburg die Boulevardzeitung Hamburger Morgenpost und in Bremen die vergleichsweise kleine Nordsee-Zeitung in das Sample aufgenommen werden.

Tabelle 1: Untersuchungsmaterial

Bundesland	Zeitung	Artikellanzahl
Hessen (HE)	Hessisch Niedersächsische Allgemeine	47
	Darmstädter Echo	45
Sachsen (SN)	Freie Presse	98
	Sächsische Zeitung	87
Thüringen (TH)	Thüringer Allgemeine	65
	Freies Wort	37
Brandenburg (BB)	Märkische Allgemeine	129
	Lausitzer Rundschau	55
Hamburg (HH)	Hamburger Abendblatt	53
	Hamburger Morgenpost	30
Bremen (HB)	Weser-Kurier	52
	Nordsee-Zeitung	28
Baden-Württemberg (BW)	Schwäbische Zeitung	350
	Südwest Presse	110
Rheinland-Pfalz (RP)	Rhein-Zeitung	219
	Rheinpfalz	192
Sachsen-Anhalt (ST)	Mitteldeutsche Zeitung	214
	Volksstimme	92
Gesamt	18	1.903
Quelle: Eigene Darstellung.		

2.2. Methodisches Vorgehen

Das auf diese Weise identifizierte Material wurde mithilfe des Computerprogramms MAX-QDA einer qualitativen Inhaltsanalyse unterzogen. Codiert wurden alle Sinneinheiten, in denen die AfD oder deren Parteifunktionäre genannt wurden oder selbst zu Wort kamen. Das Codesystem folgte der groben Struktur „Absender“, „Bewertung“ und „Thema“, wobei die Unterkategorien durch eine Vorcodierung induktiv aus dem Untersuchungsmaterial gewonnen wurden. Nicht jede Sinneinheit wurde auch mit allen drei Kategorien codiert. Ein Absender wurde immer zugeordnet, eine Bewertung und ein thematischer Zusammenhang nur, soweit vorhanden. Die codierten Sinneinheiten können aus wenigen Worten, aber auch aus mehreren Sätzen bestehen. Entscheidend für den Beginn einer neuen Sinneinheit war ein neuer Absender, ein neues Thema oder der Einschub eines Textabschnitts ohne Bezug zur AfD. Eine Sinneinheit kann jedoch mehrere wertende Attribute enthalten, wenn beispielsweise *ein* Akteur die AfD in Bezug auf ihre Forderungen in *inem* Politikfeld gleichzeitig als inkompetent und hetzerisch bezeichnet.

Zur Überprüfung der Reliabilität wurden 100 Artikel von einem zweiten Codierer nach denselben Regeln analysiert. Dabei wurde mit einer geschichteten Zufallsauswahl gearbeitet, um sicherzustellen, dass Artikel aller Zeitungen vertreten waren. Die Berechnung des Holsti-Reliabilitätskoeffizienten ergab einen Wert von 0,90, was nach *Neuendorf* als sehr hohe Übereinstimmung gewertet werden kann.⁵⁷ Die Werte waren zudem für alle Oberkategorien

⁵⁷ Vgl. *Kimberly A. Neuendorf*, *The Content Analysis Guidebook*, Thousand Oaks 2002, S. 143.

gleichermaßen hoch. Der mit 0,87 niedrigste Wert ergab sich erwartungsgemäß für die Kategorie der Valenzattribute, die mit 36 Unterkategorien am breitesten aufgefächert war.

Die Auswertung der gewonnenen Ergebnisse erfolgte anschließend sowohl quantitativ als auch qualitativ. Die ermittelten Häufigkeiten der Codes wurden anhand von Häufigkeitsverteilungen zum Vergleich der einzelnen Bundesländer herangezogen und durch qualitativ vertiefende Einzelfallbeispiele unterstützt. Außerdem wurden mithilfe der Häufigkeiten der Attribut- und Themennennungen mit der Statistik-Software STATA zwei Korrespondenzanalysen durchgeführt. Die Korrespondenzanalyse ist ein exploratives, multivariates Verfahren zur Untersuchung beliebiger Datenmatrizen mit nicht-negativen Einträgen. Mithilfe dieses Verfahrens können Gemeinsamkeiten und Unterschiede von Fällen identifiziert werden, hier zwischen der Berichterstattung in den neun Bundesländern. Die gemeinsamen Häufigkeiten in den Zellen der Kreuztabellen können als Ausdruck des Zusammenhangs (der Korrespondenz) zwischen dem Bundesland und dem jeweiligen Attribut oder Thema betrachtet werden. Der große Gewinn der Korrespondenzanalyse ist, abgesehen von den geringen Anforderungen an die Beschaffenheit der Daten, vor allem die Möglichkeit, diesen Zusammenhang anschaulich zu visualisieren. Die untersuchten Fälle werden in einem grafischen Darstellungsraum so abgebildet, dass die Distanz Auskunft über Ähnlichkeiten und Unterschiede gibt. Je näher zwei Bundesländer beieinander liegen, desto ähnlicher ist sich die dortige Berichterstattung über die AfD in Bezug auf die erhobenen Attribute beziehungsweise thematischen Bezüge. Im vorliegenden Beitrag wurde, wie bei den meisten Korrespondenzanalysen, für die Übersichtlichkeit der Darstellung ein zweidimensionaler Raum gewählt. Zusätzlich zu den Fällen werden bei der Korrespondenzanalyse auch die der Positionierung zugrunde liegenden Attribute im Raum verortet, was die anschließende Interpretation der Ergebnisse erleichtert.⁵⁸

3. Ergebnisse

3.1. Artikelaufkommen

Wie bereits ausgeführt, lassen die absoluten Zahlen des Artikelaufkommens aus Tabelle 1 keine eindeutigen Rückschlüsse auf die Intensität der Berichterstattung über die AfD zu. Zum einen hängt die Menge stark von der Anzahl der Regionalausgaben und dem Zeitungsumfang ab, zum anderen kann die Berichterstattung in manchen Bundesländern aufgrund eines spannenden Wahlkampfes insgesamt umfangreicher ausfallen als in anderen. So wurden beispielsweise die Wahlkämpfe 2014 in Ostdeutschland von Beobachtern als vergleichsweise träge beschrieben⁵⁹, während die Landtagswahlen 2016 allesamt hoch emotio-

58 Genauer Jörg Blasius, Korrespondenzanalyse, in: Christof Wolf / Henning Best (Hrsg.), Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse, Wiesbaden 2010, S. 367 – 389; Klaus Backhaus / Bernd Erichson / Rolf Weiber / Wulff Plinke, Korrespondenzanalyse, in: dies. (Hrsg.), Multivariate Analysemethoden, Berlin / Heidelberg 2016, S. 619 – 627.

59 Vgl. Eckhard Jesse, Die sächsische Landtagswahl vom 31. August 2014: Zäsur für das Parteiensystem nach der zweiten nicht großen „Großen Koalition“, in: ZParl, 46. Jg. (2015), H. 1, S. 3 – 20, S. 4; Oskar Niedermayer, a.a.O. (Fn. 15), S. 37; Torsten Oppelland, Die thüringische Landtagswahl vom 14. September 2014: Startschuss zum Experiment einer rot-rot-grünen Koalition unter linker Führung, in: ZParl, 46. Jg. (2015), H. 1, S. 39 – 56, S. 56.

nalisiert geführt wurden. Die Bedeutung der AfD in der Landtagswahlberichterstattung kann also nur im Vergleich zur Berichterstattung über die anderen Parteien sinnvoll interpretiert werden. Dafür wurde analog zur AfD-Erhebung das Artikelaufkommen der anderen relevanten Parteien ebenfalls untersucht, wobei in Sachsen aufgrund des Wahlergebnisses von 4,95 Prozent auch die NPD aufgenommen wurde.

Es gibt unterschiedliche Ansätze den Anteil einer Partei an der Gesamtberichterstattung zu interpretieren.⁶⁰ Auf der einen Seite steht die wahlfolgsunabhängige Interpretation. In diesem Fall müssten für eine ausgeglichene Berichterstattung alle Parteien genau die gleiche Aufmerksamkeit erhalten. Dieser Ansatz begünstigt neue und kleine Parteien, letztlich aber auch Misserfolg in Form schlechter Wahlergebnisse, weshalb er wenig geeignet scheint, um tatsächlich Chancengleichheit zu messen. Auf der anderen Seite steht die wahlfolgsdeterminierte Interpretation, die die Anteile mit den letzten Wahlergebnissen der Partei in Bezug setzt, was ihr den Vorwurf einbringt, den Status quo zu zementieren. In der vorliegenden Analyse wurde daher ein Mittelweg beschritten und die Anteile der Parteien an der Berichterstattung zu ihren gemittelten Umfrageergebnissen im Untersuchungszeitraum in Bezug gesetzt. So wird die Berichterstattung mit der aktuellen Bedeutung verglichen, die der Partei im entsprechenden Zeitraum von den Wahlberechtigten im Sinne ihrer Wahlabsicht zugeschrieben wurde.

<i>Tabelle 2: Anteil an der Berichterstattung</i>										
	HE	SN	TH	BB	HH	HB	BW	RP	ST	Ø
CDU	0,7	1,0	0,9	1,2	1,3	1,1	1,1	0,8	1,0	1,0
SPD	1,0	1,0	1,6	1,0	0,7	0,9	1,6	0,8	1,3	1,1
Grüne	1,2	1,1	1,7	1,5	1,0	1,3	0,6	2,0	2,2	1,4
Linke	1,6	0,7	0,6	0,6	0,7	0,9	1,1	1,5	0,7	0,9
FDP	2,4	4,0	2,7	2,9	2,2	1,6	1,4	1,6	1,8	2,3
AfD	0,7	0,6	0,3	0,6	1,2	0,8	0,9	1,1	0,5	0,7
NPD		0,8								0,8

Anmerkung: Für die Rheinpfalz, die Volksstimme und die Hessisch Niedersächsische Allgemeine konnten für diese Erhebung jeweils nur die Hauptausgaben der Zeitung und nicht zusätzlich alle Regionalausgaben berücksichtigt werden. Die Stimmenanteile wurden auf die Summe der sechs beziehungsweise sieben Parteien normiert.

Lesebeispiel: Der normierte Umfrageanteil der AfD lag in Hessen im Untersuchungszeitraum bei 3,1 Prozent, der normierte Anteil an Artikeln mit AfD Nennung bei 2,2 Prozent. Daraus ergibt sich ein unterdurchschnittlicher Quotient von 0,7, die AfD war also in der Berichterstattung gemessen an ihrem Umfrageanteil leicht unterrepräsentiert.

Quelle: Eigene Berechnung; Umfragedaten von www.wahlrecht.de.

Tabelle 2 zeigt die Quotienten aus Berichterstattungsanteil und gemittelten Umfrageergebnissen im Untersuchungszeitraum, wobei Werte über eins einen überproportional hohen Anteil anzeigen. Es wird deutlich, dass der Anteil für die AfD insgesamt unterdurchschnittlich ausfällt. Die Regionalzeitungen scheinen ihr also in den Landtagswahlkämpfen durchschnittlich weniger Aufmerksamkeit geschenkt zu haben als andere Medienerzeugnisse

60 Vgl. *Olaf Jandura*, a.a.O. (Fn. 27), S. 183 f.

(siehe Kapitel 1.3.), womit Annahme 1a an dieser Stelle verworfen werden muss. Auch die NPD und die Linke waren in der Berichterstattung durchschnittlich leicht unterrepräsentiert, was wie erwartet ein Hinweis darauf sein könnte, dass Parteien am Rand des politischen Spektrums größere Schwierigkeiten haben, Medienaufmerksamkeit zu bekommen. Ein klarer Amtsbonus, wie in anderen Studien beobachtet⁶¹, geht aus den Daten allerdings auch nicht hervor. Überproportional in den Medien vertreten waren vor allem gemäßigte kleine Parteien. Dies galt vor allem für die FDP, aber auch für die Grünen, allerdings nicht in ihrem stärksten Bundesland Baden-Württemberg. Ähnliches zeigt sich für die Linke, die vor allem in ihren Hochburgen im Osten vergleichsweise schlechter durch die Berichterstattung repräsentiert wurde. Auch für die AfD lassen sich deutliche Unterschiede zwischen den Ländern feststellen. Während es in Hamburg oder Rheinland-Pfalz leicht überdurchschnittliche Aufmerksamkeit in den Regionalzeitungen gab, war sie in Thüringen und Sachsen-Anhalt am geringsten.

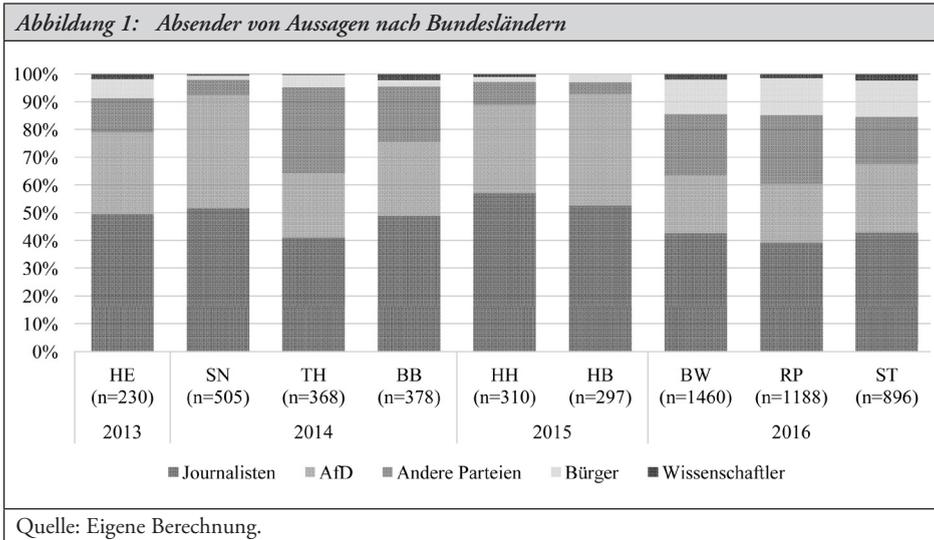
Der Vergleich zwischen West- und Ostdeutschland zeigt, dass in den alten Bundesländern der Anteil der Berichterstattung über die AfD mit einem Quotienten von 0,94 fast exakt mit den Umfragewerten übereinstimmt, während er in den neuen Bundesländern mit 0,50 deutlich unterdurchschnittlich ist. Dass diese Tendenz in Sachsen-Anhalt auch zeitunabhängig zu beobachten ist, deutet auf eine Bestätigung von Annahme 1b hin, wonach die AfD in Ostdeutschland gemessen an ihrer regionalen Bedeutung weniger Medienaufmerksamkeit erhielt als im Westen. Ob dieser Zusammenhang allerdings nur daraus resultiert, dass radikaleren Botschaften der ostdeutschen Landesverbände weniger Platz eingeräumt werden sollte, ist anhand dieser Ergebnisse nicht zweifelsfrei zu beantworten. Mit Blick auf die Resultate der Grünen und Linken ist anzunehmen, dass sich die journalistische Berichterstattung in den Regionalzeitungen eher nach der bundesweiten Bedeutung der Parteien richtete und die AfD entsprechend in den Ländern mit überdurchschnittlichen regionalen Wahlergebnissen vergleichsweise unterrepräsentiert blieb.

Als auffällig erwies sich bei der Analyse des Materials jedoch, dass die AfD als relativ kleine und neue Partei zwar häufig nur im letzten Absatz der Artikel Erwähnung fand, aber trotzdem die Schlagzeile für den Bericht lieferte. Dies lässt vermuten, dass der AfD offenbar von journalistischer Seite trotz der insgesamt unterdurchschnittlichen Repräsentation, wie vermutet, ein hoher Nachrichtenwert zugeschrieben wurde, der sich letztlich auch in der Sichtbarkeit in Überschriften niederschlug.

3.2. Absender und Valenz

Betrachtet man die Absender der codierten Sinneinheiten über die AfD, fallen auf den ersten Blick keine gravierenden Unterschiede zwischen den Bundesländern ins Auge (vgl. Abbildung 1). Die größte Gruppe stellten, wenig überraschend, in allen Ländern die Journalisten mit 40 bis 57 Prozent der Aussagen. Kaum zu Wort kam dagegen in allen Bundesländern die Wissenschaft. Oft beschränkt sich die Einschätzung von Wissenschaftlern über die AfD im Vorwahlzeitraum auf ein oder zwei Artikel, in Bremen fand sich keine einzige wissenschaftliche Meinung.

61 Vgl. Jürgen Wilke / Melanie Leidecker, a.a.O. (Fn. 41), S. 140.



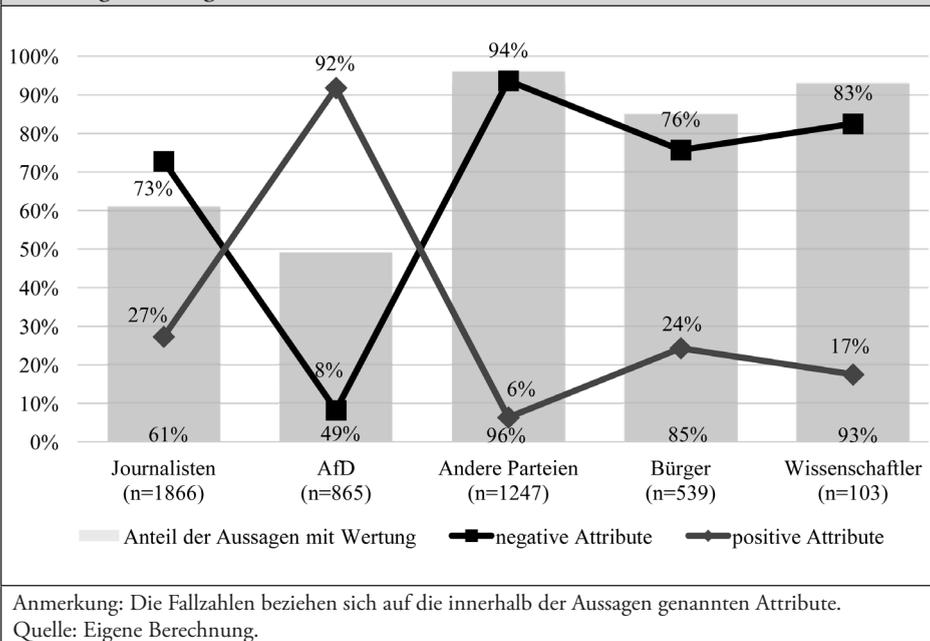
Gewisse Unterschiede lassen sich allerdings bei den anderen drei Absenderkategorien ausmachen. Vor allem für die drei Wahlen im Jahr 2016 (sowie für Thüringen) zeigt sich ein besonders hoher Anteil an Aussagen von anderen Parteien und Bürgern über die AfD und zwar zu deren Ungunsten. Erklären lässt sich dieser Trend mit verstärkten Angriffen der etablierten Parteien auf den Herausforderer, nachdem die Strategie des Ignorierens bis dato offensichtlich nur von wenig Erfolg gekrönt gewesen war. Die erhöhte Anzahl von Leserbriefen deutet auf eine ähnliche Aktivierung seitens der Bevölkerung hin. Zudem stieg die Anzahl der Artikel von Journalisten, die über Gegenveranstaltungen zur AfD berichteten und in diesem Zusammenhang auch Bürger direkt zu Wort kommen ließen. Diese Konzentration auf kritische externe Quellen weist Parallelen zu den oben genannten Ergebnissen von *Barkow* zur Berichterstattung über die NPD auf.⁶² Die anderen Parteien und die Bürger sind, neben den wenigen Aussagen von Wissenschaftsvertretern, auch die Absendergruppen mit dem höchsten Anteil an wertenden Aussagen (vgl. Abbildung 2).

Insgesamt liegt der Anteil an Aussagen über die AfD, die eine Wertung enthalten, bei rund 70 Prozent, womit sich Annahme 2a nicht bestätigen lässt. Zwar waren fast 40 Prozent der Aussagen von Journalisten selbst neutral gehalten – oft Veranstaltungsankündigungen oder Vorstellungen der Lebensgeschichte der Kandidaten, die Zitationen externer Quellen spielten jedoch auch zahlenmäßig eine nicht zu verachtende Rolle. Dass Aussagen anderer Parteien dabei fast ausschließlich negativ ausfielen, ist wenig überraschend, allerdings sind auch die vergebenen Attribute von Bürgern zur AfD zu mehr als drei Viertel negativ. Dieses Ergebnis steht im Widerspruch zur oben genannten Analyse des Autors in Onlinemedien⁶³, in der sich fast zwei Drittel der Nutzerkommentare positiv gegenüber der AfD positionierten. Diese Unterschiede sprechen zum einen dafür, dass sich in klassischen Printmedien andere Personen zu Wort melden als im Onlinekontext. Zum anderen ist zu vermuten, dass hier auch die stärkere Gate-Keeper-Funktion der Presse im Printbereich

62 Vgl. *Benjamin Barkow*, a.a.O. (Fn. 38), S. 36.

63 Vgl. *Julian Schärudel*, a.a.O. (Fn. 2), S. 148.

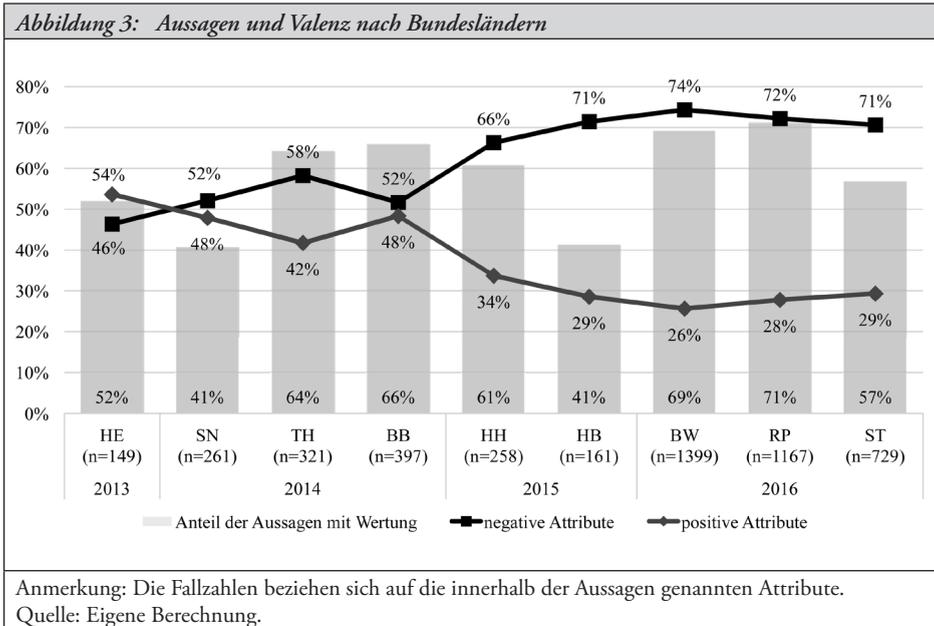
Abbildung 2: Aussagen und Valenz der Attribute nach Absender



eine Rolle spielt: Denn auch wenn rund 40 Prozent der Aussagen von Journalisten über die AfD gar keine Wertung enthalten, sondern lediglich eine neutrale Informationswiedergabe, sind innerhalb der Aussagen mit Wertung rund 70 Prozent der Statements negativ.

Den niedrigsten Anteil an wertenden Aussagen weist allerdings die AfD selbst auf. Dies liegt daran, dass ihre Vertreter häufig zu Wort kamen, um die eigene Programmatik vorzustellen und in diesem Zuge nicht zwangsläufig eine zusätzliche Bewertung der eigenen Partei vornahm. So brachte beispielsweise der Bremer *Weser-Kurier* vor der Wahl mehrere Sonderseiten, auf denen sich die Parteien zu bestimmten Themenbereichen äußern konnten. Da die Stellungnahmen aber nicht im Streitgespräch, sondern unabhängig voneinander erfolgten, finden sich in diesen Artikeln nur wenige Bewertungen der Partei. Wenn die AfD sich allerdings selbst beurteilte, dann tat sie dies erwartungsgemäß fast ausschließlich positiv, wobei sogar hier, insbesondere in den Stadtstaaten, auch ab und zu kritische Kommentare zur Gesamtorganisation oder zu einzelnen Parteifunktionären abgegeben wurden. Insgesamt lässt sich somit festhalten, dass sich nur die AfD selbst überwiegend positiv bewertete, während sonst ein durchweg negatives Bild von der Partei in den Regionalzeitungen gezeichnet wurde. Annahme 2b lässt sich entsprechend zwar grundsätzlich bestätigen; betrachtet man allerdings die Valenz der Aussagen nach Bundesländern, zeigen sich hier erneut deutliche Unterschiede, was die Einschätzung der AfD betrifft (vgl. Abbildung 3).

Bei der ersten Wahlteilnahme im Jahr 2013 wurde die AfD in der Regionalpresse noch zu 54 Prozent positiv bewertet und auch die drei ostdeutschen Landtagswahlen 2014 können noch als ausgeglichen beschrieben werden. Deutlich negativer fällt die Bewertung 2015 in den beiden Stadtstaaten aus, wobei hier zu beachten ist, dass in Bremen fast 60 Prozent der codierten Sinneinheiten neutrale Informationen zur AfD enthielten. Die eindeutig



schlechteste Bewertung erhielt sie bei den drei Landtagswahlen im Jahr 2016, wo in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz der Anteil der wertenden Aussagen zudem besonders groß war. Diese Ergebnisse stützen eindeutig Annahme 2d, wonach sich die Bewertung der Partei im Zuge ihrer Entwicklung verschlechtert hat. Dafür ist zum einen, wie oben dargestellt, die verstärkte Einmischung anderer Parteien in den Diskurs über die AfD verantwortlich, aber auch eine generelle Verschiebung von Attributen in den negativen Deutungsbereich (siehe Kapitel 3.3.). Keine Evidenz lässt sich hingegen für Annahme 2c finden, wonach die östlichen Landesverbände aufgrund ihrer radikaleren Positionierung von den lokalen Zeitungen negativer bewertet würden. Weder der Anteil der Aussagen ohne Wertung noch die Verteilung der Wertungen selbst lassen hier ein eindeutiges Urteil zu. Es ist zu vermuten, dass entweder der Zeiteffekt die Landesunterschiede deutlich überlagert oder die extremere Positionierung letztlich keinen zusätzlichen Ausdruck in der Valenz der Berichterstattung findet.

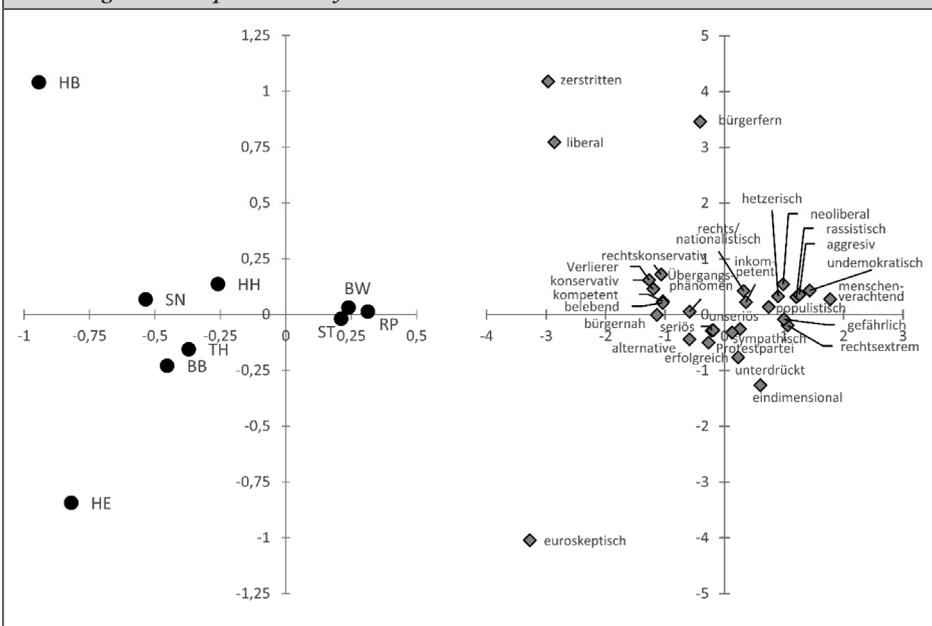
3.3. Attribute

Wie oben beschrieben, wurden die Unterkategorien des Codesystems induktiv aus dem Untersuchungsmaterial gewonnen. Die deutliche Überzahl an negativen Bewertungen ging dabei auch einher mit einer breiteren Auffächerung des negativen Attributkatalogs. Anhand der ermittelten Häufigkeiten aller Attribute wurde im Folgenden eine Korrespondenzanalyse über die beiden Variablen Bundesland und Attribut durchgeführt, um mithilfe dieses strukturidentifizierenden Verfahrens Gruppen von Bundesländern auszumachen, in denen sich das vermittelte Bild der AfD besonders ähnelte. Dabei werden die Bundesländer anhand der codierten Attribute im zweidimensionalen Raum so positioniert, dass die Abstän-

de zwischen den Fällen zwar nicht absolut, aber im Hinblick auf ihre Relation zueinander interpretierbar sind. Auf der ersten Dimension, die Rund die Hälfte der gesamten Variation der Daten erklärt, zeigen sich sowohl Einzelfälle als auch klare Gruppenbildungen (vgl. Abbildung 4). So erscheint die Charakterisierung der AfD in der Berichterstattung zu den Landtagswahlen 2016 sehr homogen, und auch die drei Landtagswahlen 2014 in Ostdeutschland weisen große Ähnlichkeiten auf. Dazwischen liegt der Fall Hamburg, während die Berichterstattung in Hessen und Bremen offensichtlich weit von jener der jüngsten Landtagswahlen abweicht. Das durch die Korrespondenzanalyse ebenfalls gewonnene Schaubild der dahinter liegenden Verteilung zeigt, dass die positiven Attribute fast ausschließlich links der y-Achse zu finden sind, während die Attribute mit steigenden Werten der x-Achse zunehmend kritischer werden. Finden sich weiter links im Schaubild noch Begriffe wie kompetent und bürgernah oder liberal und euroskeptisch, verändern sich die Zuschreibungen zunehmend von konservativ und rechtskonservativ über rechts/nationalistisch bis hin zu rechtsextrem oder sogar zu rassistisch und menschenverachtend.

Gleichzeitig lässt sich diese erste Dimension – abgesehen vom Ausreißer Bremen – fast wie eine Zeitachse lesen, beginnend mit der Wahl in Hessen über die drei ostdeutschen

Abbildung 4: Korrespondenzanalyse der Attribute



Anmerkung: Die angewendete symmetrische Normalisierung lässt keine direkte Interpretation der Abstände zwischen Bundesländern und Attributen zu, sondern nur innerhalb der jeweiligen Plots. Zur Übersichtlichkeit wurden die beiden Variablen daher in getrennten Schaubildern dargestellt.

Lesebeispiel: Die Attributzuschreibung zur AfD in Hamburg unterscheidet sich in ähnlich großem Maße von der in Bremen wie von der in Hessen, wobei sich die Zuschreibungen in Hessen und Bremen selbst stark voneinander unterscheiden. Deutlich ähnlicher sind sich die Fälle Hamburg und Sachsen beziehungsweise Thüringen. Kaum Unterschiede zeigen sich bei der Charakterisierung der AfD in den drei Wahlen 2016.

Quelle: Eigene Berechnung.

Landtagswahlen und Hamburg bis hin zu den drei aktuellsten Fällen aus dem Jahr 2016, wobei die Berichterstattung zuletzt offensichtlich weiter an Homogenität gewonnen hat. Diese scheint also zu weiten Teilen auch die in Kapitel 1.1. beschriebene Entwicklung der Partei nachzuzeichnen, womit sich Annahme 3a eindeutig bestätigen lässt. Eine deutlichere Einordnung der ostdeutschen Landesverbände in einen rechten Kontext lässt sich dagegen erneut nicht feststellen (Annahme 3b). Auch in diesem Fall scheint die Entwicklung der Partei als Ganzes die einflussreichere Variable für den Verlauf der Berichterstattung darzustellen.

Die Positionierung auf der zweiten Dimension entlang der y-Achse erklärt wiederum nur noch rund die Hälfte der restlichen Variation der Daten und wird zudem zu drei Vierteln durch die beiden Attribute euroskeptisch und zerstritten beeinflusst. Ersteres war in Hessen die eindeutig dominierende Klassifizierung der Partei, was ihre unithematische Orientierung in den ersten Monaten nach Parteigründung gut widerspiegelt. Innerparteiliche Streitigkeiten waren dagegen in der Berichterstattung in Bremen sehr präsent und erklären somit die Sonderstellung des Landes in Abbildung 4. Mitten im Wahlkampf zur Bremer Bürgerschaft legte im April 2015 der damalige stellvertretende Bundesvorsitzende *Olaf Henkel* aufgrund von Differenzen mit anderen ranghohen Mitgliedern sein Amt nieder und begründete den Rücktritt mit charakterlichen Defiziten führender Parteifunktionäre und dem Versuch von Rechtsideologen, die Partei zu übernehmen.⁶⁴

Während Bremen somit das einzige Bundesland ist, in dem das Attribut zerstritten unter den wichtigsten Zuschreibungen aufgeführt wird, ist der Euroskeptizismus auch in Brandenburg 2014 noch in Maßen für die Beschreibung der AfD relevant. Die Abbildungen 5 a bis i zeigen alle Attribute, die in der Berichterstattung der Landtagswahlkämpfe in den jeweiligen Bundesländern mehr als fünf Prozent der Nennungen ausmachten (mindestens aber die sechs meistgenannten Attribute pro Bundesland). Stellt die Nennung des Attributs durch einen der Akteure mindestens zwei Prozent aller Attribute dar, wurde zur Visualisierung eine Verbindungslinie zwischen dem Attribut und dem Absender gezogen. Auch hier zeigt sich zum einen nochmals die zunehmend negative Bewertung der Partei und zum anderen die vermehrte Beschreibung der AfD als rechtsradikale Gefahr. Die Grafiken machen deutlich, dass diese allerdings fast ausschließlich von politischen Gegnern und nur selten von Journalisten selbst abgegeben wurde. Während sich die anderen Parteien in den ersten Jahren noch weitgehend darauf beschränkten, eine Koalition mit der AfD auszuschließen (wobei diese Diskussion innerhalb der Thüringer CDU durchaus ambivalent ausfiel), übernahmen sie spätestens ab 2016 ein großes Stück der journalistischen Deutungshoheit über die AfD in der regionalen Berichterstattung. Ein Bild, dessen sich beispielsweise die politische Konkurrenz in Rheinland-Pfalz häufig bediente, war die Metapher des Wolfs im Schafspelz, die Beschreibung der AfD als rechtsextreme Gefahr, die versucht, sich durch ihren Spitzenkandidaten *Uwe Junge* oder moderate Pressemeldungen einen bürgerlichen Anstrich zu geben.⁶⁵ Wenn auch nicht unter den Top-Attributen, so wurde auch der Begriff hetzerisch im Jahr 2016 deutlich häufiger verwendet, um die Kommunikationsweise der AfD zu beschreiben. So sagte beispielsweise der baden-württembergische FDP-Spitzenkandidat *Hans-Ulrich Rülke* der Schwäbischen Zeitung: „Weder in der Regierung noch in der

⁶⁴ Vgl. *Norbert Holst*, Streit um die Richtung, in: *Weser-Kurier* vom 24. April 2015, S. 2.

⁶⁵ Zum Beispiel *Ursula Samary*, Anonyme AfD-Werber nutzen Gesetzeslücke, in: *Rhein-Zeitung* vom 4. März 2016, S. 3.

Opposition wird es eine Zusammenarbeit mit dieser Partei geben. Weil sie in ihren Reihen Leute duldet, die rassistisch hetzen und die gegen Flüchtlinge Stimmung machen.“⁶⁶

Der Vorsitzende der SPD in Laupheim *Robert Kreklau* erklärte im Zuge einer Protestaktion gegen die AfD seine Motivation mit den Worten: „Wir stehen hier, um Hetze und Menschenverachtung im Weg zu stehen.“⁶⁷ Die Journalisten verwendeten in ihren Berichten zumeist etwas harmlosere Zuschreibungen. Sie bezeichneten die Partei ab den Wahlen in Hamburg und Bremen 2015 eher als populistisch oder rechtspopulistisch⁶⁸ und lösten so die bis dahin gängige journalistische Bezeichnung der AfD als euroskeptische Partei ab.

Auffällig ist, dass andere politische Klassifizierungen wie liberal, konservativ oder auch rechtskonservativ nur eine sehr geringe Rolle spielten und die AfD schon zu den Landtagswahlen 2014 häufiger als rechte oder nationalistische Partei beschrieben wurde. Der Rechtsruck der Partei im Zuge der ostdeutschen Landtagswahlen spiegelt sich somit durchaus auch in der regionalen Berichterstattung wider.

Im Gegensatz zur Berichterstattung über die AfD in nationalen Medien tauchten in den Regionalzeitungen aber auch gelegentlich Artikel über die tagespolitische Arbeit der AfD in den Kommunen auf. So wurde der CDU-Fraktionschef in Brandenburg an der Havel für einen verkehrspolitischen Vorschlag der AfD in der Märkischen Allgemeinen sogar mit folgendem Lob zitiert: „Der Antrag zeugt von Sinn und Verstand. Die AfD scheint in diesem Falle ganz praktisch etwas für die Kommunen bewegen zu wollen. Deshalb werden wir uns nicht verweigern.“⁶⁹

Wie die Abbildungen 5 a bis i zeigen, stammen die positiven Attribute aber zum größten Teil aus direkten oder indirekten Zitaten von AfD-Mitgliedern. Dabei wird häufig die Partei gegen Kritik von außen in Schutz genommen und als seriöse Alternative zu den etablierten Parteien dargestellt. Zudem werden die Erfolge hervorgehoben und eine vermeintlich systematische Unterdrückung durch das politische und mediale Establishment angeprangert – eine Kommunikationsstrategie, die bereits in früheren Medienanalysen als charakteristisch für die AfD beschrieben wurde.⁷⁰ Ähnlich wie *Bernd Lucke* in seiner Zeit als Parteivorsitzender kritisierte *Frauке Petry* ebenfalls eine gezielte Benachteiligung und forderte die Presse auf, Botschaften der AfD unkommentiert zu veröffentlichen.⁷¹ Auch wenn 85 Prozent der Aussagen von Bürgern eine Bewertung der AfD enthielten (vgl. Abbildung 2), sind die Fallzahlen doch so gering, dass es diese Bewertungen nur selten unter die häufigsten Nennungen schaffen. Während in Hessen noch überwiegend positive Stimmen von Bürgern zur AfD veröffentlicht wurden, die die Partei ebenfalls als Opfer einer Medienkampagne sahen, kamen in jüngeren Wahlen eher Stimmen zu Wort, die der AfD generell kritisch gegenüberstanden.

66 Zitiert nach „Was die Spitzenkandidaten der Landtagswahl in Baden-Württemberg wollen“, in: Schwäbische Zeitung vom 27. Februar 2016, S. 4.

67 Zitiert nach „Integration braucht Mutige“, in: Schwäbische Zeitung vom 11. März 2016, S. 17.

68 Das Attribut rechtspopulistisch wurde in Anlehnung an *Cas Mudde*, a.a.O. (Fn. 32) sowohl als rechts, als auch als populistisch codiert. Auch wenn der Begriff mittlerweile teilweise als eigenständige Klassifizierung verwendet wird, so umfasst er doch beide Eigenschaften.

69 Zitiert nach *André Wirsing*, Auf Umwegen ins Zentrum, in: Märkische Allgemeine vom 21. August 2014, S. 1.

70 Vgl. *Julian Schärdel*, a.a.O. (Fn. 2), S. 149.

71 Vgl. „AfD-Veranstaltung und Demonstration verlaufen friedlich“, in: Schwäbische Zeitung vom 7. März 2016, S. 15.

Abbildung 5: Attribute und Themen nach Bundesländern

Abbildung 5a: Hessen

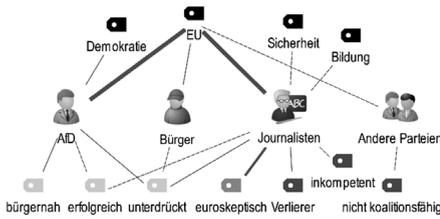


Abbildung 5b: Sachsen



Abbildung 5c: Brandenburg

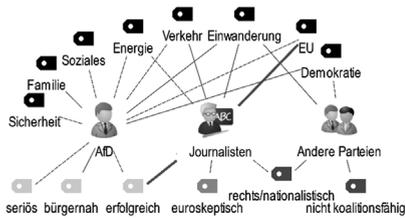


Abbildung 5d: Thüringen

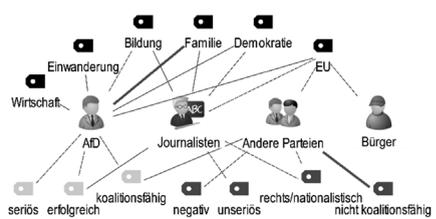


Abbildung 5e: Hamburg

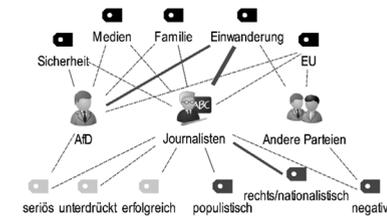


Abbildung 5f: Bremen

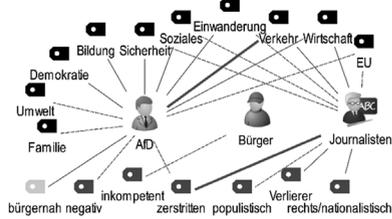


Abbildung 5g: Baden-Württemberg

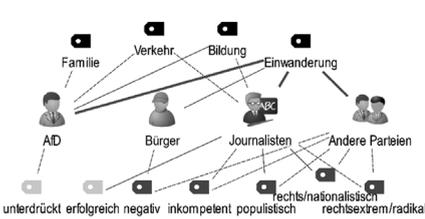


Abbildung 5h: Rheinland-Pfalz

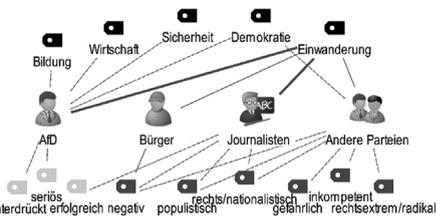


Abbildung 5i: Sachsen-Anhalt



	Themen mit Anteil über 5 %		2 – 5 % der Nennungen
	positive Attribute mit Anteil über 5 %		5 – 10 % der Nennungen
	negative Attribute mit Anteil über 5 %		10 – 20 % der Nennungen
	neutrale Attribute mit Anteil über 5 %		20 – 30 % der Nennungen

Quelle: Eigene Darstellung.

3.4. Themen

Da nur Sinneinheiten mit Bezug zur AfD codiert wurden und somit auch nur solche Themen, lässt sich kein allgemeines Urteil über eine mögliche Inhaltsarmut in den Landtagswahlkämpfen fällen. Zumindest hinsichtlich der AfD lässt sich jedoch nicht von einem generellen Mangel an Themen sprechen. In den 1.903 analysierten Artikeln wurden insgesamt 2.918 inhaltliche Bezüge zur AfD codiert, also rund 1,5 pro Artikel. Allerdings kommt auch etwa die Hälfte aller Artikel ganz ohne diese aus, wobei die Spannweite hier von 47 Prozent in Hamburg bis zu 74 Prozent in Thüringen reicht. Gerade in Thüringen stand die Koalitionsbildung klar im Vordergrund und verdrängte eine thematische Auseinandersetzung mit der Partei. Die meisten Artikel ohne Themenbezüge waren kurze Veranstaltungsankündigungen oder -berichte, gefolgt von allgemeinen Informationen über die antretenden Parteien oder Kandidaten und somit tatsächlich Inhalte, die die regionale Berichterstattung von überregionalen Medien unterscheiden. Auch Umfrageergebnisse spielten mit 306 Codierungen erwartungsgemäß eine Rolle. In Anbetracht der Anzahl der Themenbezüge kann jedoch alles in allem nicht von einer reinen horse-race-Berichterstattung gesprochen werden. Gerade mit zunehmender zeitlicher Nähe zur Wahl wurden vermehrt Artikel veröffentlicht, die explizit über die Positionen der Parteien zu einzelnen Themenbereichen informierten.

Der Blick auf den Zusammenhang zwischen politischen Inhalten und Evaluation der Partei zeigt, dass die AfD bei Einwanderungsfragen mit 78 Prozent negativen Aussagen am schlechtesten bewertet wurde. Ebenfalls ein schlechtes Zeugnis wurde ihr in den Bereichen Soziales, Familie und Bildung sowie Umwelt und Kultur ausgestellt, wobei die beiden letzteren insgesamt nur einen geringen Anteil an der Berichterstattung ausmachten. Ambivalent fiel die Bewertung in den Bereichen EU, Demokratie und Medien sowie in wirtschaftlichen Fragen aus. Mit rund 63 Prozent positiven Kommentaren konnte die AfD nur in verkehrspolitischen Diskussionen eine insgesamt positive Bewertung verbuchen.

Einige der Themen waren sehr eng mit bestimmten, in Kapitel 3.3. genannten Attributen verknüpft. So waren beispielsweise Zuschreibungen wie euroskeptisch zumeist mit dem Thema europäische Integration verbunden, während das Attribut menschenverachtend vor allem im Zusammenhang mit Äußerungen der AfD zum Schusswaffengebrauch gegen Flüchtlinge im Grenzgebiet gebraucht wurde. Daher spannt sich auch die erste Dimension der zweiten Korrespondenzanalyse über die Variablen Bundesland und Thema, die ebenfalls knapp die Hälfte der Gesamtvariation erklärt, analog zur Verteilung der Attribute fast ausschließlich anhand dieser beiden Themengebiete auf (vgl. Abbildung 6).

Auch wenn Fragen der europäischen Integration noch bis zu den Landtagswahlen 2015 für die AfD eine Rolle spielten (vgl. Abbildungen 5 a bis i), zeigt die Korrespondenzanalyse erneut die deutlich exponierte Stellung der Berichterstattung über die AfD in Hessen, in der die europäische Währungspolitik fast alleiniges Bezugsthema zur Partei war. Aus den Abbildungen 5 a bis i, in denen analog zu den Attributen auch die wichtigsten Inhalte aufgenommen wurden, geht hervor, dass die thematischen Bezüge zur AfD in den anderen Landtagswahlkämpfen durchaus vielfältiger waren. Zwar tat sich in den Wahlkämpfen 2016 mit der Einwanderungsdebatte wiederum ein deutlich dominantes Thema auf. Im Unterschied zur Wahl in Hessen waren es hier jedoch vor allem die anderen Akteure, die die AfD ausschließlich mit Einwanderungsfragen in Verbindung brachten, während sich die Partei selbst mittlerweile auch zu anderen Themen äußerte. Insbesondere klar landespo-

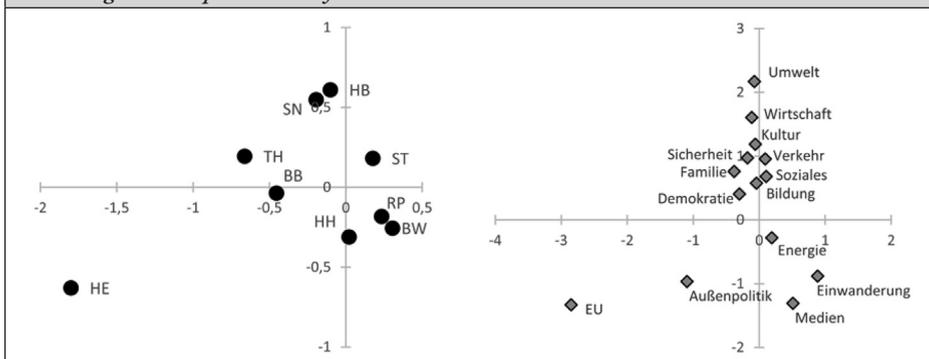
litische Inhalte wie Bildung, Verkehr oder Innere Sicherheit wurden in fast allen Landtagswahlkämpfen auch mit der AfD in Verbindung gebracht, so dass sich die Bundesländer in Abbildung 6 auf der ersten Dimension vergleichsweise nah um diese Themenwolke gruppieren. Die Streuung findet hier eher auf der zweiten Dimension statt, die ein weiteres Viertel der Gesamtvariation der Daten erklärt und durch mehrere Themen, von Einwanderung über Wirtschaft bis hin zu Umwelt, beeinflusst wird.

Insgesamt fällt das durch die Korrespondenzanalyse anhand der Inhalte visualisierte Muster der Berichterstattung nicht ganz so eindeutig aus wie für die Attribute. Lediglich Hessen auf der einen sowie Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz auf der anderen Seite lassen sich aufgrund des starken Fokus auf die eigentlich nationalen beziehungsweise internationalen Themen EU beziehungsweise Einwanderung wieder klar als eigene Fälle interpretieren. Ähnlich wie für die Attribute reihen sich die Bundesländer zudem auch bei dieser Analyse auf der ersten Dimension zwischen europäischer Integration und Einwanderung fast zeitlich chronologisch entlang der x-Achse, was nochmals die starke zeitliche Dimension der Berichterstattung unterstreicht. In den Wahlen 2014 spielten vor allem Fragen wie Sicherheit, Familie oder das Verhältnis zu Russland eine größere Rolle. So bestätigt nicht nur die Analyse der Attribute, sondern auch die der Inhalte Einschätzungen, wonach sich der Rechtskurs der AfD durch die Verlegung auf sensiblere Themen schon im Landtagswahlkampf 2014 deutlich abzeichnete.⁷² Einwanderung war für die AfD schon 2014 eines der Wahlkampfthemen, das insbesondere mit Sicherheitsaspekten verknüpft wurde. Besonders häufig tauchte dieses Thema anschließend in Hamburg auf. Aus diesem Grund sowie aufgrund der insgesamt geringeren Themenbreite ähnelte die inhaltliche Berichterstattung über die AfD in der Hansestadt damit eher den Wahlen von 2016 als den ostdeutschen Landtagswahlen 2014. Auch Bremen liegt mit einem bunten Strauß an Wahlkampfthemen auf der ersten Dimension diesmal erwartungsgemäß zwischen den Wahlen 2014 und 2016; allerdings nahmen hier Umwelt- und Verkehrsthemen einen deutlich größeren Platz ein als in den anderen Bundesländern. Durch die daraus resultierende abweichende Positionierung auf der zweiten Dimension weist die Berichterstattung eher Parallelen zur vorausgehenden Wahl in Sachsen auf. In der Berichterstattung in Sachsen-Anhalt war zwar ebenfalls Einwanderung in Bezug auf die AfD das wichtigste Wahlkampfthema, jedoch auch in einem deutlich breiteren Themenkanon als bei den beiden gleichzeitig stattfindenden Landtagswahlen, weshalb die inhaltliche Berichterstattung der drei Länder hier nicht so eindeutig zusammenfällt wie bei der Bewertung der Partei.

Annahme 4, wonach sich die Konzentration der AfD auf die europäische Währungspolitik in der Anfangszeit sowie die anschließende Auffächerung der Inhalte mit einem Schwerpunkt auf konservative Themen ab den Landtagswahlen 2014 auch in der Berichterstattung widerspiegelt, kann somit abschließend eindeutig bestätigt werden und zeigt erwartungsgemäß den starken Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Partei und der Berichterstattung.

72 Vgl. *Gideon Botsch | Christoph Kopke | Alexander Lorenz*, a.a.O. (Fn. 15), S. 157.

Abbildung 6: Korrespondenzanalyse der Themen



Lesebeispiel: Die Berichterstattung über die AfD in Hamburg in Bezug auf die genannten Themen unterscheidet sich in ähnlichem Maße von der in Brandenburg wie von der in Sachsen-Anhalt. In Sachsen und Bremen wurden ähnliche Themen mit der AfD in Verbindung gebracht, genauso wie in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg. Die Themenbezüge zur AfD in Hessen unterscheiden sich deutlich von denen aller anderen Fälle.

Quelle: Eigene Berechnung.

4. Schlussfolgerungen: Regionalzeitungen spiegeln die Entwicklung der AfD wider

Die Analyse der Berichterstattung über die AfD in neun Landtagswahlkämpfen konnte die anhand des Forschungsstands abgeleiteten Erwartungen nur teilweise bestätigen. So erhielt die AfD beispielsweise, anders als in anderen Studien zu Medienberichten über die Partei, in den untersuchten Regionalzeitungen keine überproportionale Aufmerksamkeit. Vor allem im Vergleich zu früheren Analysen über die Berichterstattung in Onlinemedien zur Bundestagswahl 2013 und Europawahl 2014 schnitt die AfD in den Regionalzeitungen in denselben Jahren deutlich schlechter ab.⁷³ Dieses Ergebnis deutet darauf hin, dass die Partei ihre allgemein starke Präsenz im Netz zwar auch auf die digitalen Medien, nicht aber auf die analoge Regionalpresse übertragen konnte. Im Gegenteil: Sie war vor allem in den ostdeutschen Regionalzeitungen in Bezug auf ihre damaligen Umfrageergebnisse teilweise sogar deutlich unterrepräsentiert. Hierfür lassen sich unterschiedliche Erklärungsversuche formulieren: Entweder wurde die AfD, wie zu Beginn vermutet, aufgrund der stärker rechten Ausrichtung der ostdeutschen Landesverbände von den Regionalzeitungen bewusst mit weniger Berichterstattung bedacht, um ihr keine Plattform für die Verbreitung ihrer Ansichten zu liefern. Oder aber die Regionalzeitungen orientierten ihre Berichterstattung stärker an der bundes- als an der landesweiten Bedeutung der Partei, was dazu führte, dass die AfD in ihren ostdeutschen Hochburgen tendenziell unterrepräsentiert wurde, während sie in den westdeutschen Regionalzeitungen deutlich besser abschnitt. Dass diese Interpretation zumindest einen Teil der Variation des Berichterstattungsanteils erklärt, legen auch die Ergebnisse für die anderen untersuchten Parteien nahe: Auch diese wurden, im Verhältnis zu ihren landesweiten Umfragewerten, in ihren Hochburgen medial eher unterrepräsentiert.

73 Vgl. Julian Schärdel, a.a.O. (Fn. 2), S. 144.

Ebenfalls nicht bestätigen ließ sich die Annahme einer vergleichsweise wertfreien Berichterstattung der Regionalzeitungen. Rund 70 Prozent der Aussagen über die AfD enthielten trotz überwiegend kurzer Artikel wertende Zuschreibungen, wobei hierfür oft auch externe Quellen herangezogen wurden. Unter diesen war die AfD selbst die einzige Absendergruppe, die sich überwiegend positiv beurteilte. Die anderen Akteure äußerten, wie die Journalisten, vor allem Kritik, was bisherige Forschungsergebnisse über einen negativen Grundtenor der Berichterstattung über die AfD bestätigt. Dennoch kann nicht von einer durchgängig negativen Berichterstattung gesprochen werden, denn auch hier zeigen sich deutliche Valenzunterschiede zwischen den Bundesländern. Im Gegensatz zum Gesamtportrait in nationalen Qualitätszeitungen und in Onlineartikeln war das Bild der AfD in den Regionalzeitungen in den Jahren 2013 und 2014 noch weitgehend ausgeglichen. Diese Unterschiede weisen somit auf eine weitere Sonderstellung der regionalen Medien hin. Anders als die bundesweite Presse traten sie, zumindest zu Beginn, weniger als Verteidiger des politischen Establishments gegen den euroskeptischen Neuling auf als ihre nationalen Pendants. Erst die innerparteilichen Machtkämpfe und die anschließende Spaltung der Partei in Verbindung mit einer erneuten Rechtsverschiebung führten zu einem deutlichen Umschwung in der Bewertung des neuen politischen Akteurs in der Regionalpresse. Hierzu dürfte auch das Aufkommen der Einwanderungsdebatte einen großen Teil beigetragen haben, in der sich die AfD deutlich als Partei am rechten Rand positionierte, was von den Journalisten zumeist negativ aufgenommen wurde. Dass die noch ausgeglichene Berichterstattung in den ostdeutschen Landtagswahlen 2014 nicht nur auf die Stärke der Partei in den neuen Bundesländern zurückzuführen ist, belegt der Fall Sachsen-Anhalt im Jahr 2016, wo über die AfD trotz ihres bislang stärksten Wahlergebnisses ebenfalls deutlich negativ berichtet wurde.

Wie die Korrespondenzanalysen gezeigt haben, lassen sich die Unterschiede zwischen den Ländern also vor allem als Zeiteffekt betrachten. Die Attribute, mit denen die AfD beschrieben wurde, wandelten sich zwischen der ersten Wahl 2013 in Hessen und den drei Wahlen im Jahr 2016 deutlich. Nicht bestätigen ließen sich dagegen Unterschiede in der Beschreibung der Partei im Hinblick auf eine stärker rechte Ausrichtung der Landesverbände in den neuen Bundesländern.

Auch die vermehrte Beschäftigung der etablierten Parteien mit der AfD führte zu einer deutlichen Verschlechterung ihres medialen Bilds, da diese sich zunehmend mit heftiger Kritik an und vehementen Warnungen vor der AfD zu Wort meldeten. Darüber hinaus nahmen seit 2016 Berichte über Protestveranstaltungen gegen die AfD zu. Die damit einhergehende zunehmend kritische Haltung der zitierten Bürger ist ein weiterer Baustein, um die Verschlechterung des Bildes der AfD in der regionalen Presse zu erklären. Interessant wäre, weiter zu untersuchen, ob sich lediglich die Berichterstattung über Proteste intensivierte oder tatsächlich die Zahl an Gegenbewegungen zur AfD in gleichem Maße zugenommen hatte.

Eine Themenarmut, wie sie von manchen Analysten für Landtagswahlkämpfe beobachtet wurde, lässt sich im vorliegenden Fall in Bezug auf die AfD nicht bestätigen. Zwar tauchten im Unterschied zur nationalen Berichterstattung zusätzlich zu Umfrageergebnissen und Koalitionsspekulationen vermehrt weitere Artikel ohne konkrete politische Inhalte wie Veranstaltungskündigungen oder Kandidatenportraits auf, dennoch war die thematische Verortung in vielen Fällen gegeben. So kam die AfD nach dem unithematischen Wahlkampf 2013 in den folgenden Landtagswahlen auch zu den gängigen landespolitischen Fragen wie Bildung oder Infrastruktur zu Wort. Es zeigte sich allerdings schon in der Be-

richterstattung 2014 ein verstärkter Fokus auf konservativ besetzte Themen wie Familie, Sicherheit und Einwanderung. 2016 kam es zu einer erneuten Verengung der Themenpalette auf Fragen der Zuwanderung, wobei diese weniger durch die AfD selbst als eher durch Journalisten und andere Parteien forciert wurde.

Dass sich die Verschlechterung der Valenz der Berichterstattung über die AfD letztlich nicht negativ auf den Wahlerfolg der Partei ausgewirkt hat, dürfte sich durch das eingangs erwähnte Selbstbild der Partei erklären, das sich auch in den Kommentaren von AfD-Funktionären in den Regionalzeitungen wiederfand. Die Kritik anderer Akteure wurde grundsätzlich als Diffamierung und Unterdrückung durch das Establishment interpretiert. Folglich ist eine negative Bewertung nicht zwangsläufig ein Grund, die Partei in Frage zu stellen, sondern vielmehr Bestätigung der eigenen Position – ein Effekt, der für populistische Parteien bereits von anderen Wissenschaftlern beobachtet wurde.⁷⁴

Im Rahmen dieser Untersuchung kann dagegen nicht abschließend beantwortet werden, ob die kritischere Berichterstattung der Presse seit 2015 grundsätzlich gerechtfertigt ist. Dafür spricht, dass sich einige Aussagen der AfD gerade im Zuge der Einwanderungsdiskussion teilweise mindestens im Grenzbereich der Rechtsstaatlichkeit verorten lassen und die Partei zudem mit ihren innerparteilichen Machtkämpfen oftmals nur wenig Anlass für positive Schlagzeilen lieferte. Allerdings kann anhand der Ergebnisse auch nicht gänzlich ausgeschlossen werden, dass die rechtspopulistische AfD in der politisch liberal geprägten Medienlandschaft Deutschlands auch im regionalen Bereich teilweise einen schweren Stand hat.⁷⁵ Ebenfalls möglich ist es, dass die überwiegend negative Beschreibung der Partei einem allgemeinen Negativitätsbias der Medien entspringt⁷⁶, der bei Untersuchungen zur Berichterstattung über andere Parteien und Mandatsträger zu ähnlichen Ergebnissen führen würde, wenn auch mit anderen Attributen. Was aber abschließend festgehalten werden kann, ist, dass die Berichterstattung der analysierten Regionalzeitungen relativ gut die Entwicklung der Partei nachzeichnet und die meisten Unterschiede zwischen den Zeitungen auf inhaltliche Verschiebungen der Partei zurückzuführen sind. So wandelte sich das Bild der AfD vom euroskeptischen Herausforderer der etablierten Parteien 2013 bis zu den Wahlen 2016 langsam zur rechtsextremen Gefahr. In Anbetracht der unterschiedlichen politischen Strömungen innerhalb der Partei, die auch schon bei ihrer Gründung ultrakonservative Mitglieder zählte und auch heute nicht als durchgängig rechtsextrem, sondern eher als rechtspopulistisch bezeichnet werden kann, erscheint diese Darstellung zwar teilweise überspitzt. Sie bleibt aber trotz der raren Bezüge auf Wissenschaftler in der analysierten Berichterstattung nah an der wissenschaftlichen Einordnung der AfD.

74 Vgl. *Mario Diani*, Linking Mobilization Frames and Political Opportunities: Insights from Regional Populism in Italy, in: *American Sociological Review*, 61. Jg. (1996), H. 6, S. 1053 – 1069, S. 1064; *Gianpietro Mazzoleni*, Populism and the Media, in: *Daniele Albertazzi / Duncan McDonnell* (Hrsg.), *Twenty-first Century Populism: The Spectre of Western European Democracy*, Houndmills, Basingstoke u.a. 2008, S. 56.

75 Für eine ausführliche Diskussion um den Einfluss politischer Einstellungen von Journalisten in Deutschland siehe *Carsten Reinemann / Philip Baugut*, Alter Streit unter neuen Bedingungen. Einflüsse politischer Einstellungen von Journalisten auf ihre Arbeit, in: *ZfP*, 61. Jg. (2014), H. 4, S. 480 – 505.

76 Vgl. *Jürgen Maier*, *Politikverdrossenheit in der Bundesrepublik Deutschland*, Wiesbaden 2000, S. 81.